

Heiner Schäfer

Wenn Jugendliche nur schwer
zu erreichen sind.
Mobile Jugendsozialarbeit
in einem Landkreis.

Werkstattbericht

Arbeitspapier 5/1997

Dieser Werkstattbericht wurde am Deutschen Jugendinstitut im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit" erarbeitet. Das Modellprogramm ist Teil des "Kinder- und Jugendplanes des Bundes" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Die wissenschaftliche Begleitung des Modellprogramms wird im Auftrag des BMFSFJ und mit finanzieller Förderung durch das BMFSFJ durchgeführt.

© 1997 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Projekt "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit"

Nockherstraße 2, 81541 München

Telefon: (089) 62 306-195

Telefax: (089) 62 306-162

Regionale Arbeitsstelle Leipzig

Stallbaumstraße 9, 04155 Leipzig

Telefon: (0341) 56 654-35

Telefax: (0341) 56 654-47

Layoutbearbeitung: Heike Pöltzig

Umschlagentwurf: Erasmi & Stein, München

Gesamtherstellung: Druckerei Rohde, Rackwitz

	Gliederung	
0	Vorbemerkung: Zielsetzung und methodisches Vorgehen	5
1	Lokaler übergangspolitischer Kontext	9
2	Der Träger	14
3	Der Ansatz	18
3.1	Vorgeschichte	18
3.2	Die Idee	20
3.3	Durchführung und Wandel	20
3.4	Zielgruppe und Teilnehmerinnen und Teilnehmer	22
3.5	Niedrigschwellige Angebote und Arbeitsweltbezug	25
4	Kooperation	29
4.1	Kooperation mit den politische Verantwortlichen in den besuchten Dörfern	29
4.2	Kooperation mit den Pfarrern in den besuchten Dörfern	31
4.3	Kooperation mit den Schulen	32
4.4	Kooperation mit Institutionen im Übergang Schule/Arbeitswelt	33
4.5	Kooperation mit dem Jugendamt	34
4.6	Notwendige Kooperation	34
5	MitarbeiterInnen	35
6	Perspektiven	37
Anhang	DJI-Veröffentlichungen aus der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms ab 1994	39

Vorbemerkung: Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Thema dieses Berichts ist ein Arbeitsansatz in der Jugendsozialarbeit, der vom Projekt selbst als "Mischform zwischen mobiler offener Jugendarbeit und aufsuchender Jugendsozialarbeit" gekennzeichnet wird. Mit dieser "Mischform" sollen in den Dörfern eines strukturschwachen Landkreises in den neuen Bundesländern Jugendlichen und jungen Erwachsenen Angebote im Freizeitbereich gemacht werden, die ihnen in dieser Region sonst nicht oder nur sehr schwer zugänglich wären. Darüber hinaus sollen die Angebote den Zugang zu einer Gruppe möglich machen, die im Übergang von der Schule in den Beruf oder bei auftretenden beruflichen Problemen häufig Hilfestellungen benötigt.

Das Projekt knüpft mit einem als "ganzheitlich" und "integrativ" beschriebenen Ansatz zunächst an den Freizeitinteressen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an. Für sie gibt es vor Ort kaum nicht-kommerzielle Freizeitangebote und auch kommerzielle sind nur wenige vorhanden. Kommerzielle Anbieter drängen nicht in die Region, denn wegen der meist nur geringen Einkommen der Zielgruppe ist für sie die Nachfrage zu gering. Zwar können sich ältere Jugendliche und junge Erwachsene hin und wieder den Besuch einer der wenigen Discotheken leisten, aber ihre Ansprüche an Unterhaltung und Freizeitangebote gehen doch deutlich darüber hinaus.

An diese unerfüllten Erwartungen knüpft der Arbeitsansatz mit seiner Freizeitarbeit an und so wächst zwischen Jugendlichen und MitarbeiterInnen des Projekts ein grundlegendes Vertrauen. Nach ersten vorsichtigen Kontakten stellt sich in den Beziehungen nach und nach eine gewisse Form von Stabilität ein, die Basis für weitere gemeinsame Aktivitäten wächst. Auf dieser Grundlage werden Jugendlichen und jungen Erwachsenen, wenn sie einen erkennbaren Bedarf haben, die vorhandenen Angebote der Jugendsozialarbeit vermittelt oder es werden – falls erforderlich – neue und passendere Angebote entwickelt. Es wird sowohl auf die vielfältigen Angebote des eigenen Trägers wie auch auf die anderer Träger zurückgegriffen. Dieses niedrigschwellige, differenzierte und integrative Vorgehen, so die Grundannahme des Ansatzes, wird den Schwierigkeiten und Problemen junger Menschen im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt und beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf gerecht. Ohne dieses Vorgehen würde die Zielgruppe von den Hilfen und Angeboten der Jugendsozialarbeit nicht erreicht werden können.

In diesem Bericht wird einer der wenigen mobilen Versuche in der Jugendsozialarbeit beschrieben, Zielgruppen zusätzliche und besonders abgestimmte Hilfen im Übergangsbereich von der Schule in die Arbeitswelt anzubieten. Die angebotenen Hilfen werden vom einzelnen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen und von ihrer jeweiligen konkreten Situation ausgehend gezielt entwickelt und mit ihnen abgestimmt. Aufsuchende Arbeit erreicht so die Zielgruppen, für die sonst Hilfen und Angebote der Jugendsozialarbeit weitgehend unerreichbar blieben. Insofern soll und kann der im folgenden dargestellte Ansatz für Projek-

te der Jugendsozialarbeit, die im Übergang Schule/Arbeitswelt unter vergleichbaren Rahmenbedingungen arbeiten, eine Anregung sein.

In dem hier vorgelegten Bericht wird mit der aufsuchenden Arbeit nur ein Ausschnitt des Modellvorhabens des Trägers geschildert. Der Modellansatz insgesamt ist wesentlich breiter angelegt und umfaßt eine Vielzahl von Orientierungshilfen, die die berufliche und soziale Integration junger Menschen zum Ziel haben. Dies ist nur die Hintergrundfolie, auf der der Ansatz dargestellt wird.

Im Rahmen des Modellprogramms "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit" wird das Vorhaben des Trägers durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP) gefördert. Diese Modellförderung deckt aber nur einen geringen Teil der Kosten der Erprobung des Ansatzes ab. Überwiegend erfolgt die Finanzierung aus Mitteln des Bundeslandes sowie des Landkreises, in dem das Projekt angesiedelt ist, sowie aus Eigenmitteln der Trägers. Eine solche Mischfinanzierung ist für die Vorhaben im Modellprogramm "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit" vom Auftraggeber durchaus beabsichtigt. Dies gilt insbesondere in solchen Handlungsfeldern, für die eine Finanzierung der Aktivitäten aus unterschiedlichen Quellen "normal" ist. Mit einem solchen Finanzierungsmix wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß ein erprobter und bewährter Arbeitsansatz auch ohne Modellförderung des Bundes weiter finanziert und übertragen werden kann.

Über diese Begründung hinaus ergibt sich die Mischfinanzierung des im folgenden beschriebenen Modellversuchs zusätzlich aus der Logik eines ganzheitlichen und integrativen Ansatzes. Eine trennscharfe Finanzierung nach unterschiedlichen Einzelmaßnahmen erscheint der Projektleitung nur schwer und d.h. nur unter unvertretbar hohem personellen und sachlichen Aufwand durchführbar. Schließlich tauchen in der Alltagsarbeit des Projekts einzelne Maßnahmen nur selten isoliert auf, werden vielmehr unterschiedliche Maßnahmen häufig miteinander verknüpft angeboten und durchgeführt. MitarbeiterInnen des Projekts werden deshalb den jeweiligen Notwendigkeiten folgend häufig "quer" eingesetzt, ihre Finanzierung läßt sich demzufolge nicht immer konkret auf eine spezifische Einzelmaßnahme berechnen. Dennoch wurde ein haushaltsrechtlich korrektes Abrechnungsverfahren gefunden.

Die hier vorgelegte Fallstudie ist im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms entstanden. Diese wissenschaftliche Begleitung wird durch eine Projektgruppe des Deutschen Jugendinstituts (DJI) mit Standorten in München und Leipzig durchgeführt. Sie bezieht sich auf die 82 derzeit im Modellprogramm geförderten Vorhaben, von denen 47 in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins und 35 in den alten Ländern bzw. im Westteil Berlins angesiedelt sind. Die wissenschaftliche Begleitung ist so angelegt, daß einerseits überblicksartig die Daten zum gesamten Modellprogramm bzw. für alle Modellvorhaben erhoben und ausgewertet werden (vgl. dazu die im Anhang aufgeführten Veröffentlichungen der Reihe "Materialien aus der wissenschaftlichen

Begleitung”, z.B.: Modellprogramm “Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit”: Zwischenbilanz und Verzeichnis der Modellvorhaben. München 1996). Andererseits werden ausgewählte Arbeitsansätze exemplarisch in Fallstudien, wie der hier vorgelegten, untersucht (vgl. dazu die in der Reihe “Arbeitspapiere” veröffentlichten Werkstattberichte, die ebenfalls im Anhang aufgeführt sind).

Ziel dieser Fallstudien ist es, die Rahmenbedingungen und die Prozesse der Entwicklung und Erprobung von innovativen Arbeitsansätzen in der Jugendsozialarbeit so nachzuzeichnen, daß Einsichten über die Voraussetzungen und Möglichkeiten von Fortentwicklung, Verstetigung und u.U. Verallgemeinerung dieser Arbeitsansätze bzw. von Elementen dieser Ansätze gewonnen werden können. Die in Form von “Werkstattberichten” veröffentlichten Ergebnisse der Fallstudien haben vorläufigen Charakter. Mit ihnen verbindet sich nicht der Anspruch, die Modellvorhaben mit “harten Methoden” abschließend zu evaluieren. Mit ihnen sollen Entwicklungsverläufe vielmehr so beschrieben werden, daß die Vor- und Nachteile der Arbeitsmethoden und von organisatorischen Lösungen sichtbar, Widersprüche, Zielkonflikte oder Disfunktionalitäten erkennbar und bearbeitbar werden.

Die Untersuchung wurde in Kooperation mit dem Projektleiter und der für die aufsuchende Jugendsozialarbeit zuständigen Fachkraft des Projekts durchgeführt. Die Person des Projektleiters war für die dem Ansatz zugrunde liegenden methodischen Überlegungen von entscheidender Bedeutung, entspricht dieser Ansatz doch im wesentlichen den Grundprinzipien der Ordensgemeinschaft, der er angehört. Die für die aufsuchende Arbeit zuständige Fachkraft hat sowohl an der Konzeption dieser konkreten Maßnahme als auch an ihrer alltäglichen Durchführung entscheidend mitgewirkt und wirkt auch heute noch mit.

Mit diesen beiden Kooperationspartnern wurde das methodische Vorgehen entwickelt und umgesetzt:

- Mit ihnen wurde entschieden, die aufsuchende Arbeit zum zentralen Thema dieses Berichts zu machen.
- Mit beiden gemeinsam wurden die relevanten Kooperationspartner identifiziert, die über den Ansatz Auskunft geben konnten.
- Beide haben die Kontakte zu diesen Personen hergestellt und die Termine für die Interviews verabredet.
- Sie haben die in den unterschiedlichen Medien (Fernsehen, Rundfunk, Printmedien) vorhandenen Informationen über den Ansatz zugänglich gemacht.
- Sie haben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen identifiziert, mit denen Interviews zum Ansatz durchgeführt werden konnten.

Grundlage des Berichts bilden Experteninterviews, die sowohl mit beim Träger beschäftigten Personen als auch mit solchen aus unterschiedlichen Institutionen im Umfeld des Trägers durchgeführt wurden. Zu Beginn der Fallstudie wurde ein erstes Interview mit den genannten beiden Projektmitarbeitern geführt, um Informationen über die Funktionsweise des Ansatzes und ihre Rolle bei dessen Umsetzung zu ermitteln. Am Ende der Fallstudie wurde mit ihnen ein zweites

Gespräch geführt. Damit konnten einige der in den vorangegangenen Interviews aufgeworfenen Fragen abgeklärt werden.

Mit den ausgewählten externen Experten wurden die Interviews im März 1997 anhand eines Leitfadens mit adressatenspezifischen Fragerastern durchgeführt. Adressatenabhängig wurden die Interviews per Tonband aufgezeichnet oder protokolliert. Sie wurden durch Gruppeninterviews mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in der aufsuchenden Arbeit erreicht wurden, ergänzt. Auch für diese Gespräche wurde ein Fragenkatalog entwickelt. Bei der Auswertung der Interviews wurden die einzelnen Aufzeichnungen zu Themenkomplexen gruppiert und zu prägnanten Aussagen verdichtet. Neben den Interviews wurde – soweit vorhanden – auch auf schriftliche Materialien und Dokumente zurückgegriffen. Um jedoch die dem Träger zugesicherte Anonymität zu gewährleisten, werden die zur Auswertung hinzugezogenen Quellen nicht besonders aufgeführt. Präzise Angaben zum Träger und zum Standort fehlen deshalb ebenso. Um sachliche Fehler und Fehlinterpretationen in der Darstellung auszuschließen, wurde der Bericht von einer vom Träger genannten Person gegengelesen. Verantwortlich für die Darstellung von Fakten und für die im Bericht vorgenommenen Interpretationen ist jedoch ausschließlich der Autor.

Die Untersuchung war als explorative Studie angelegt. Zielsetzung war es also nicht, zu abschließenden Aussagen über den Arbeitsansatz, dessen Umsetzung und Ergebnisse zu gelangen. Dies hätte ein anderes methodisches Vorgehen erfordert und wäre mit den verfügbaren Mitteln auch nicht zu leisten gewesen. Absicht einer explorativen Studie ist es demgegenüber, zu Fragen und Annahmen über mögliche Zusammenhänge zu gelangen, in diesem Fall insbesondere über Zusammenhänge zwischen den Merkmalen eines integrativen Konzepts von Jugendsozialarbeit, in dem aufsuchende Arbeit für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene die Chance eines einfachen Zugangs bietet und den Handlungsbedingungen und Motiven der an der Durchführung beteiligten Kommunen und Personen. Ertrag eines solchen explorativen Untersuchungsansatzes kann es nicht sein, Blaupausen für die Fortentwicklung, Übertragung oder Verallgemeinerung des untersuchten Konzepts zu liefern. Der Ertrag besteht vielmehr – im günstigen Falle – in Fragen und Anregungen, die von Fachkräften in Politik, Verwaltung und Praxis berücksichtigt werden sollten, wenn sie an einer Fortentwicklung, Übertragung oder Verallgemeinerung des Konzeptes arbeiten.

Der Bericht, der sowohl auf der von Projektleitung und Fachkräften artikulierten Binnensicht, als auch auf den im Projektumfeld ermittelten Fragen und Kommentierungen basiert, ist wie folgt gegliedert:

Ein erstes Kapitel enthält Informationen über die lokalen Rahmenbedingungen, unter denen in diesem Modellvorhaben der integrative Ansatz und die aufsuchende Arbeit erprobt werden. Angesichts der Komplexität sowohl der Entwicklung des Arbeitsmarktes als auch der "Landschaft" der Maßnahmen und Angebote der beruflichen Integration von Jugendlichen, können hier nur einige wesentliche Informationen wiedergegeben werden.

Der zweite Abschnitt befaßt sich mit der Entwicklungsgeschichte des Trägers und schildert knapp seine Aktivitäten in der Region.

Das zentrale dritte Kapitel beinhaltet einen Überblick über den Arbeitsansatz, die Entwicklungsgeschichte, seine Zielsetzungen und Zielgruppen, Arbeitsweisen und Methoden sowie die Anforderungen an die mit der Umsetzung befaßten Fachkräfte.

Der vierte Abschnitt beschäftigt sich mit den Kooperationsbeziehungen, die die Durchführung des Ansatzes unterstützten oder behinderten.

Im fünften Abschnitt sind die MitarbeiterInnen, ihre Qualifikationen und die Anforderungen an ihre Arbeit zentraler Gegenstand.

Abschließend wird nach den Perspektiven und Chancen des Ansatzes gefragt, wobei diese zum einen auf die Region bezogen, zum anderen aber auch grundsätzlich diskutiert werden.

Lokaler übergangspolitischer Kontext

Das Modellprojekt hat seinen Standort in einer Stadt mit etwa 17.000 Einwohnern. Diese ist in einem "neuen" Bundesland nur wenige Kilometer von der ehemaligen Grenze zur "alten" Bundesrepublik entfernt gelegen. Die Stadt war "traditionell" Hauptstadt einer Region im Zentrum Deutschlands, heute ist sie Kreisstadt. Der Landkreis hat eine Fläche von etwa 940 Quadratkilometern, etwa 117.000 Einwohner in vier Städten und 95 Gemeinden.

Durch die Teilung Deutschlands nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und mit dem Beginn des kalten Krieges wurde eine historisch gewachsene Region in ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zerschnitten und unterschiedlichen politischen Systemen zugeordnet.

Die Region ist heute infrastrukturell und wirtschaftlich schwach entwickelt, auch wenn durch die Beseitigung der innerdeutschen Grenze und die damit einhergehende Fertigstellung der Interregio-Verbindung zwischen einem Industriegebiet im Westen mit einem im Osten sowie durch die geplante Autobahn neue industrielle Ansiedlungen erreicht werden sollen.

Bisher sind jedoch eher negative wirtschaftliche und soziale Folgen der deutschen Vereinigung spürbar gewesen. Der lange Zeit die Region prägende Bergbau ist, wenn auch nach großem Widerstand der beschäftigten Bergleute, eingestellt worden. Die in den sechziger und siebziger Jahren angesiedelten beschäftigungsintensiven Produktionsstätten im Textilbereich sind inzwischen weitgehend "abgewickelt", tausende von Arbeitsplätzen sind verschwunden. Auch in der Landwirtschaft gab es mit den einsetzenden strukturellen Veränderungen einen massiven Beschäftigungsabbau. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Industriebetriebe, vor allem Zulieferbetriebe für Elektronik und der Leichtindustrie, in denen zu Zeiten der DDR vor allem Frauen Beschäf-

tigung gefunden haben, geschlossen. Die dringend erforderlichen und nach der Wende erhofften neuen Arbeitsplätze entstanden im ausreichenden Umfang bisher nicht, so daß die Arbeitslosigkeit im Kreis hoch ist. Mit dem neuen Wirtschaftssystem fielen insgesamt etwa 14.000 Arbeitsplätze dem Strukturwandel zum Opfer. Eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit war die Folge, die Arbeitslosenquote lag Ende 1996 bei etwa 17,4%.

Zwar wurden durch die Gründung kleiner und mittelständischer Unternehmen neue Arbeitsplätze geschaffen: so wurden in den neu errichteten Gewerbe- und Industriegebieten in den Kommunen etwa 2.700 Arbeitsplätze geschaffen, davon 70% neue Arbeitsplätze; und erwartet werden etwa 1.000 weitere Arbeitsplätze, die allerdings noch nicht sicher sind. Doch auch in absehbarer Zukunft – darüber sind sich alle Verantwortlichen einig – sind wirtschaftliche Entwicklungen, die dem Arbeitsmarkt spürbare Entlastungen bringen könnten, noch nicht erkennbar.

Durch die mit dem Beitritt der neuen Länder einhergehenden Veränderungen der Lebensbedingungen Jugendlicher und junger Erwachsener stieg der Bedarf an individuellen Hilfen und Beratung stark an. Die jungen Frauen und Männer kamen mit den neuen Anforderungen an ihre Entscheidungs- und Verhaltenskompetenzen nicht oder nur schwer zurecht. Ein Experte vor Ort beschrieb die für sie neue Situation so: "Es war, als wäre über Nacht der Linksverkehr eingeführt worden. Auf den Straßen herrschten Anarchie und Chaos". Bisher unbekannte Anforderungen und Lebenssituationen waren für Jugendliche auch im Übergangsbereich mit den tradierten Handlungs- und Orientierungsmustern nicht mehr zu bewältigen. Elternhaus und Schule, bisher wichtige Ratgeber, verloren aufgrund der veränderten politischen und ökonomischen Bedingungen rasch ihre Bedeutung für Zukunftsentscheidungen. Ein auch nur annähernd bedeutsamer Ersatz stand nicht bereit. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen fühlten sich häufig "allein gelassen" und waren von den Erwachsenen, die sich oft ja selbst nicht helfen konnten, enttäuscht. In manchen Fällen erfuhren so ohnehin problematische Lebensbedingungen durch den drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und durch den bisher nicht gekannten Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen eine zusätzliche krisenhafte Zuspitzung. Die beschäftigungsintensive Textil- und Bekleidungsindustrie, in der DDR auch ein wichtiger Ausbildungs- und Beschäftigungsfaktor für Jugendliche, fiel als Arbeitgeber aus. Hinzu kam, daß die im Kreis nach der Wende angebotenen, wenigen Ausbildungsplätze in den neugeschaffenen oder umstrukturierten Klein- und Handwerksbetrieben so gut wie keinen für alle zugänglichen Markt darstellten. Ländliche Lebens- und Sozialbedingungen führten nämlich dazu, daß enge Kontakte oder familiäre Bindungen zu einem Handwerksbetrieb die Aussicht auf einen Ausbildungsplatz ermöglichten, ohne solche Kontakte waren die Aussichten "gleich Null". Auch heute gilt teilweise noch immer, daß diese Ausbildungsplätze nicht über öffentliche Verfahren vergeben werden.

Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an der Gesamtarbeitslosenzahl liegt seit etwa 1993 zwischen 11 bis 12%. Auch wenn die Betriebe im Landkreis über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, ist das Angebot an Ausbildungsplätzen zu

gering. Die Nachfrage nach Ausbildung ist wesentlich größer. Die bisher von einigen Jugendlichen erfolgreich verfolgte Strategie, Ausbildungsplätze auch im nahegelegenen westlichen Bundesland zu suchen, gelingt zunehmend weniger. Auch dort hat sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt deutlich verschlechtert. Im Landkreis selbst hat der Verdrängungswettbewerb, in dem die Stärkeren die Schwächeren verdrängen, dazu geführt, daß Jugendliche ohne Schulabschluß sowie Mädchen nunmehr schwer zu vermitteln sind. Hätte nicht die Jugendberufshilfe eine Reihe von Angeboten gemacht, so z.B. durch das Berufsvorbereitungsjahr, die Förderlehrgänge, Lehrgänge zur Verbesserung der beruflichen Bildungs- und Eingliederungschancen, Berufsausbildungen nach Paragraph 40 c (2) Arbeitsförderungsgesetz (AFG) und Berufsausbildung nach Gemeinschaftsinitiativen Ost, so wäre die Arbeitslosenquote der Jugendlichen und jungen Erwachsenen deutlich höher. Immerhin werden 1997 durch die Jugendberufshilfe mehr als 650 Plätze für Qualifizierung und Beschäftigung angeboten. So konnten die Probleme an der ersten Schwelle im Landkreis einige Zeit lang als weitgehend gelöst angesehen werden. Mit den überbetrieblichen Ausbildungsplätzen haben Träger der Jugendberufshilfe sowie Handwerkskammern gemeinsam Einrichtungen geschaffen. Darüber hinaus werden für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, unterschiedliche Maßnahmen angeboten. Der Versuch, die Schwierigkeiten im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt (erste Schwelle) im Landkreis zu reduzieren, schien damit zunächst geglückt.

Aber auch die überbetrieblichen Ausbildungsplätze werden zukünftig nicht mehr reichen. Die Zahl der angebotenen Plätze richtet sich aufgrund gleichgebliebener finanzieller Möglichkeiten noch immer am Bedarf von 1991/92 aus, auf die mittlerweile verschlechterten Bedingungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird nicht mit notwendigen weiteren Angeboten reagiert. Reformen im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) und Veränderungen vor allen Dingen bei § 40 c2 AFG haben mittlerweile zu jährlichen Kürzungen von etwa 10 Millionen DM im Bundesland geführt. Im Landkreis schlägt sich dies mit einem Fehlbetrag von fast 700.000 DM nieder. Da diese Mittel vom Landkreis nicht zusätzlich erbracht werden können, werden sie zukünftig fehlen.

Große Schwierigkeiten gibt es im Landkreis auch im Übergang von der Ausbildung in den Beruf (zweiten Schwelle). Da es auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze fehlen und subventionierte Arbeitsplätze nur unzureichend zur Verfügung gestellt wurden, sind sinnvolle und befriedigende Anschlußmöglichkeiten an Ausbildungen nur schwer zu vermitteln. Hier besteht auf allen Seiten Ratlosigkeit. Selbst Jugendliche, die in weiter entfernten Gebieten Deutschlands eine Ausbildung gemacht haben, kehrten nach deren Beendigung in den Landkreis zurück und versuchten sich zu etablieren. Dies scheiterte häufig.

Als auch 1995 wiederum Lehrstellen fehlten, initiierte der Trägerverein ein Gespräch aller Akteure vor Ort, zu dem der Landrat schließlich einlud. Mit diesem Gespräch sollte der Ausbildungsplatzmangel öffentlich diskutiert und es sollte geklärt werden, welchen Beitrag für eine Bewältigung des Problems die unterschiedlichen Institutionen und Verbände leisten könnten. Von etwa 80

eingeladenen Institutionen nahmen 60 teil und die Handwerkskammer legte einen Vorschlag für zusätzliche Ausbildungsplätze in der Region vor. 1995 sollten unter Federführung der Handwerkskammer 150 überbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden, die gemeinsam vom Land, vom Bund und von der Handwerkskammer finanziert werden sollten. Ab dem zweiten Ausbildungsjahr sollten die Jugendlichen dann in den Handwerksbetrieben ausgebildet werden.

Nachdem dieser Vorschlag zunächst scheiterte konnte er jedoch 1996 mit Hilfe des Wirtschaftsministeriums gestartet werden. Derzeit haben die ersten Jugendlichen eine Ausbildung begonnen und von ausgewählten Handwerksbetrieben die Zusage, im zweiten Jahr in die Betriebe übernommen zu werden. Die Ausbildung im ersten Jahr findet in Berufsschulen sowie in Aus- und Fortbildungseinrichtungen außerhalb der Betriebe statt.

Mit dieser Initiative ist das Handwerk in der Region eine schwierige Verpflichtung eingegangen, denn es steht nun unter doppeltem Druck: Zum einen wird daran, wie weit diese Zusage tatsächlich eingehalten wird, die Verlässlichkeit des Handwerks und der Wirtschaft insgesamt gemessen werden. Zum anderen wird bei einem Scheitern der Initiative das in den neuen Bundesländern sowieso schon vorhandene Mißverhältnis zwischen Ausbildungsplätzen im dualen System und solchen in außerbetrieblichen Einrichtungen weiter anwachsen. Die Tendenz, daß die außerbetriebliche Ausbildung zur Regelausbildung wird, würde so verstärkt.

Im Landkreis fehlen aber nicht nur Arbeits- und Ausbildungsplätze, auch das Freizeitangebot ist knapp. Zwar werden für die Kreisstadt viele Angebote der dort ansässigen freien Träger und Jugendverbände/-vereine berichtet, die insgesamt als bedarfsdeckend angesehen werden können, dies gilt aber nicht für die Dörfer. Die dortigen Verhältnisse werden ganz allgemein als schwierig bezeichnet. Auch wenn hier inzwischen positive Tendenzen zu verzeichnen sind, so ergibt sich dennoch bei weitem noch keine annähernd ausreichende Bedarfsdeckung.

Öffentliche und freie Träger trafen mit ihren Freizeitangeboten in den neuen Bundesländern zunächst auf Vorbehalte und Widerstände. Mit der Wende und mit den rasch etablierten "neuen" Angeboten hatten die Jugendlichen das Interesse an organisierter Freizeit meist ganz verloren. Sie wollten schnell für sich sein, unter sich bleiben und – so formuliert es ein fünfzehnjähriger Schüler – "... tun, was wir wollen, ohne daß uns einer reinredet ...". Angebote von Institutionen und Organisationen wurden abgelehnt, waren aufgrund der Erfahrungen mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ) negativ vorbelastet. Für eigene und selbstbestimmte Aktivitäten aber fehlten die geeigneten Räumlichkeiten, denn "nur auf der Straße" wollten die Jugendlichen auch nicht "rumhängen". Die in der DDR auch in manchen Dörfern des Landkreises vorhandenen Jugendklubs, wenn auch immer unter der Regie der FDJ und schon damals nicht unumstritten (so ist der Jugendklub in einem Dorf innerhalb einiger Monate dreimal "aus Protest" von den Jugendlichen "zerlegt" worden), sind mit oder kurz nach der

Wende rasch geschlossen worden. Damit waren oft auch die Räume für die Jugendlichen verloren.

Kommerzielle Freizeitangebote für Jugendliche und junge Erwachsene sind in den Dörfern nicht vorhanden. Zwar zählten einige Gastwirtschaften zunächst auch Jugendliche oder junge Erwachsene zu ihrem Publikum, boten ihnen auch ohne große Zeche Raum, doch nach wiederholten Schlägereien unter betrunkenen Jugendlichen, zerstörtem Inventar und eingetretenen Türen bekamen sie Lokalverbot.

So blieben den Jugendlichen in der Regel nur drei Möglichkeiten: sie treffen sich in Privatwohnungen, sie nehmen die viel zu wenigen und zu teuren kommerziellen Angebote wahr oder sie erobern sich (kostenlosen) öffentlichen Raum. Die Lösung, sich privat zu treffen gab und gibt es immer noch. Kommerzielle Angebote werden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ebenfalls genutzt, allerdings in Abhängigkeit von ihren begrenzten finanziellen Ressourcen und deshalb nur sporadisch. Sie sind nicht nur für die durchschnittlichen Jugendlichen deutlich zu teuer, sondern für viele mit den öffentlichen Nahverkehrsmitteln auch nicht zu erreichen. Deshalb suchten sie sich für ihren "normalen Treff" im Dorf öffentliche Plätze, die kostenlos, kommunikativ und erreichbar waren. An diesen – meist irgendwo in der Dorfmitte gelegenen – Plätzen trafen und treffen sie sich regelmäßig, unterhalten und verabreden sie sich.

Die Eroberung dieser öffentlichen Plätze ist, so berichten es die Befragten in den Dörfern übereinstimmend, für die erwachsene Dorfbevölkerung mit einigen Problemen verbunden. So ist der Alkoholkonsum in den Dörfern bereits für die Jugendlichen ab etwa 12 Jahren wichtig und hoch. Die Folgen sind Belästigungen von DorfbewohnerInnen und eine zunehmende Verschmutzung der Plätze durch Abfälle. Außerdem bringen junge Erwachsene oft das eigene Auto oder das der Eltern mit und nutzen die Kapazität der großen und vor allem lauten Stereoanlagen voll aus. Eine zusätzliche Belästigung durch Lärm ist für die Erwachsenen die Folge. Ist kein Auto mit Stereoanlage vorhanden, dann bringen Jugendliche ihre Ghettablaster mit und machen damit Musik oder – so die Erwachsenen – "einen Höllenlärm". Das führt hin und wieder zu massiven Konflikten mit einem Teil der erwachsenen Dorfbevölkerung. Schließlich ist für die Jugendlichen neben dem Alkohol auch das Nikotin von Bedeutung, denn mit dem Rauchen wird das eigene Erwachsen-Sein oder -Werden dokumentiert. In letzter Zeit gibt es in den Dörfern erste vage Hinweise auf Drogen, vor allem auf Ecstasy, allerdings scheinen dies eher Vermutungen zu sein. Empirische Belege gibt es (noch) nicht. Das Auto wird schließlich auch zur Mobilität in der Region genutzt. So werden hin und wieder Diskotheken auch in weiter entfernten Städten und Dörfern oder andere Treffpunkte besucht.

Neben dem Mangel an Angeboten gibt es – wie in der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern überhaupt – Probleme mit der Finanzierung der MitarbeiterInnen. Die Träger können ihre Beschäftigten häufig nur über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und § 249 h AFG und damit befristet finanzieren.

Diese Befristungen verhindern eine notwendige Kontinuität des Personals, Kinder- und Jugendarbeit kann deshalb dauerhaft nur schwer etabliert werden.

Jugendarbeit hat – dies wird in allen Interviews deutlich – bei vielen politisch Verantwortlichen in den Dörfern des Landkreises einen eher geringen Stellenwert. So wird aus den Gemeinderäten häufig von der Gleichgültigkeit gegenüber jugendpolitischen Aktivitäten, in einigen Fällen gar über direkte Ablehnung berichtet. Die dringend erforderliche finanzielle Unterstützung für Jugendarbeit wird angesichts chronisch knapper Kassen abgelehnt, denn, so berichtet ein Ratsmitglied, „... Jugendarbeit ist in den Augen vieler Ratsmitglieder nutzlos“. Diese Einstellung wird an einem Beispiel verdeutlicht. Ein Landesprogramm, das die Beschäftigung kommunaler JugendarbeiterInnen auch für kleine Gemeinden ermöglichen wollte und die Finanzierung zu einem Drittel aus Landesmitteln zusagte, zu je einem Drittel dem Kreis und der Gemeinde zuwies, wurde in einem Gemeinderat ohne Diskussion und Prüfung zurückgewiesen. Damit ist Jugendarbeit in den Dörfern auf absehbare Zeit wesentlich erschwert wenn nicht gar verhindert worden.

2

Der Träger

Träger des Modellvorhabens ist ein regionaler, kirchlich ausgerichteter Verein für Jugendsozialarbeit, der nach der Wende im Landkreis gegründet und im November 1991 als erster freier Träger der Jugendhilfe vom Jugendhilfeausschuß des Kreistags bestätigt wurde. Die meisten Gründungsmitglieder des Vereins waren, darauf wird vom Träger besonders hingewiesen, bereits in der DDR ungeachtet zahlreicher Schwierigkeiten im persönlichen und beruflichen Bereich in der kirchlichen Arbeit engagiert. Eines dieser Gründungsmitglieder, gleichzeitig Mitglied im Kirchenvorstand, ist zur Zeit der Erhebung Kultusminister in dem Sitz-Bundesland des Trägers. Die sich daraus ergebenden vielfältigen Verbindungen und Kontakte des Vereins haben zu Möglichkeiten und Zugängen geführt, die sich anderen und in vergleichbaren Bereichen tätigen Vereinen nur schwer oder mit erheblichem Aufwand erschließen. So wird auch von mehreren Seiten berichtet, daß diese Kontakte die sozial- und jugendpolitische Arbeit des Trägers tatsächlich erleichtern. Allerdings wird in allen Interviews ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Erfolge der bisherigen Arbeit, die dem Träger zu hohem Ansehen im Kreis und darüber hinaus verholfen haben, ohne das große Engagement des Projekts und der dort beschäftigten MitarbeiterInnen nicht möglich gewesen wären.

Die Durchführung und Leitung des Vorhabens, das zunächst nur „... in geringem Umfang ohne ausgefeiltes Detailkonzept ...“ (Quelle: Antwort des Jugendamts auf eine Anfrage im Kreistag) begonnen hatte, übertrug der Träger einer in Westdeutschland angesiedelten und aktiven Ordensgemeinschaft. Die traditionellen Wurzeln dieses Ordens liegen vor allem in der Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, d.h. schwerpunktmäßig in der Jugend- und Jugendsozialarbeit. Die Leitung des Ordens beauftragte drei „Brüder“ mit der Leitung und Durchführung des Projekts. Diese arbeiten seit 1991 verantwortlich in der Einrichtung.

Mit der Anerkennung als "freier Träger der Jugendhilfe" öffnete der Träger in der Kreisstadt in einer vormaligen Fabrikanten-Villa ein "Haus der offenen Tür". Diese Villa – in der DDR als Kindereinrichtung genutzt – stand nach der Wende leer und konnte für die Arbeit als "Zentrum für Offene Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit" genutzt werden. Grundstück und Gebäude liegen zentral und in Reichweite mehrere Schulen: Sonderschule, Regelschule (Haupt- und Realschule) und Gymnasium. Die Räumlichkeiten der ehemaligen Kindereinrichtung sind "... im Rahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit ..." (Quelle: Antwort des Jugendamts auf eine Anfrage im Kreistag) durch Umbau saniert und renoviert und durch einen Erweiterungsbau deutlich vergrößert worden. Doch ist – auch nach der Erweiterung – der offene Jugendtreff Kern des Gesamtprojekts geblieben.

Die Zentrierung des Projekts um den Arbeitsansatz "offene Arbeit" ist nicht zufällig erfolgt. Dies entspricht vielmehr den Maximen der Ordensgemeinschaft, die in einer Informationsschrift programmatisch erklärt: "Erziehung bedeutet ... in erster Linie, eine personale Beziehung zwischen der Jugend und ihren Erziehern aufzubauen, die geprägt ist von gegenseitigem Vertrauen. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist die Teilnahme am Leben der Jugendlichen ... Für die Probleme und Anliegen der Jugend offen zu sein und sie ernst zu nehmen, ist oberste Maxime dieses pädagogischen Denkens, dem das christliche Menschenbild zugrunde liegt." Diese Erziehung, so die Maxime weiter, soll in einem Rahmen verwirklicht werden, der die freie Entfaltung und Entwicklung des Menschen möglich macht. Gleichzeitig soll eine Beziehung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen geschaffen werden, die tragfähig ist für die Bewältigung der im Laufe des Heranwachsens entstehenden Anforderungen und Probleme. Dies ist die offensiv vertretene Grundlage der Arbeit des Projekts. Die Arbeit im offenen Treff, in dem die Jugendlichen grundsätzlich alle Fragen thematisieren können (aber nicht müssen), bietet die erforderlichen und gewünschten Möglichkeiten von Annäherung und Distanz.

Jugendliche und junge Erwachsene, so wird im Projekt angenommen, die die pädagogischen MitarbeiterInnen durch die offene Arbeit kennengelernt haben, öffnen sich ihnen gegenüber bei Problemen und Schwierigkeiten eher als gegenüber unbekanntem Personen in speziellen Beratungseinrichtungen. Sie sind in vertrauten Situationen und bei vertrauten Personen leichter dazu bereit, Rat und Hilfe zu suchen und anzunehmen. Dies wird auch vom Jugendamt gesehen und positiv bewertet: "So ist es in lockerer Gesprächsatmosphäre für die MitarbeiterInnen oft möglich, Probleme im Frühstadium zu erkennen und Hilfe zu geben. Oft wird jedoch auch von den Betroffenen selbst Hilfe gesucht, da man weiß, daß hier stets ein offenes Ohr und Zeit auch für ein längeres Gespräch vorhanden sind ... Da das Haus von drei Ordensmitgliedern bewohnt wird, ist zu jeder Zeit ein Ansprechpartner präsent." (Quelle: Antwort des Jugendamts auf eine Anfrage im Kreistag).

Es geht dem Projekt vorrangig nicht nur um die Förderung eigener Einzelmaßnahmen, nicht nur um konkrete Angebote des eigenen Trägers. Dies wird in vielen Gesprächen mit den ProjektmitarbeiterInnen immer wieder betont. Ganz-

heitliche und integrative Jugendarbeit können sich auf dieser Grundlage auch trägerübergreifend entwickeln und realisieren. Verknüpfungen und Vernetzungen im Interesse einer Problemlösung und Stabilisierung von Jugendlichen werden gesucht, qualifizierte Angebote anderer Träger und Projekte bewußt in die Arbeit einbezogen. Sind die für die Jugendlichen und ihre Probleme “passenden” Angebote eher bei anderen Trägern zu finden, so werden sie umgehend dorthin vermittelt. Damit ist aber der Kontakt des Projekts nicht zu Ende. Auch nach der Vermittlung in externe Hilfen bemüht sich das Projekt darum, die gewachsenen Beziehungen zu den Jugendlichen nicht aufzugeben sondern beizubehalten.

Obwohl der Verein vor allen Dingen in der offenen Jugendsozialarbeit im Landkreis eine dominante Stellung einnimmt, betont er das Ziel, die Anbieter anderer Angebote in eine enge Kooperation einzubinden. Dies funktioniert mit anderen freien Trägern problemlos, wenn diese Maßnahmen für Jugendliche im Übergang anbieten. Hier hat der Verein selbst kaum Angebote und strebt auch keine an. Er orientiert die um Hilfe nachsuchenden Jugendlichen auf diese Maßnahmen hin, versucht ihnen die erforderlichen Übergänge zu ermöglichen.

Neben der Kooperation von Trägern und der Vernetzung von Angeboten hat sich der Verein auch bewußt für eine aktive Einmischung in die Jugendhilfepolitik entschieden und versucht dies auch umzusetzen. Ziel der Aktivitäten ist es, die regionale und lokale Politik im Übergang zwischen Schule und Beruf sowie die Etablierung von Strukturen zu beeinflussen. Diese Einmischungsstrategie ist, das wird in den Interviews deutlich, in der Region bekannt und wird auch akzeptiert. Daß der Verein diese Einmischungsstrategie so intensiv betreiben kann, gründet sicher nicht zuletzt auch in der Tatsache, daß die Mitglieder der Ordensgemeinschaft nahezu “rund um die Uhr” im Dienst und damit zeitlich stark belastbar sind.

Das “Haus der offenen Tür” ist aber nur der Kern des Projekts. Parallel zur Zunahme von Problemen und Schwierigkeiten Jugendlicher und junger Erwachsener im Laufe des Einheitsprozesses wurden in den etwa sechs Jahren des Bestehens eine Vielzahl neuer Angebote und Hilfen nach und nach entwickelt und etabliert.

Neben der Einzelbetreuung und der Beratung in schwierigen familiären Situationen werden auch Hilfen in schulischen und beruflichen Krisen angeboten. So haben sich zusätzlich zu den Beratungsangeboten für Schulprobleme, die im offenen Treff nachgefragt werden konnten, verschiedene Angebote der Schulsozialarbeit etabliert. Diese sind vor allem in der Regelschule für SchülerInnen der Klassen fünf bis zehn entwickelt und etabliert worden. Auch im Rahmen von Berufsorientierungen, bei der Suche nach Ausbildungsplätzen (“erste Schwelle”), bei Ausbildungsabbrüchen oder bei Übergängen von der Ausbildung in den Beruf (“zweite Schwelle”) werden vom Projekt inzwischen Angebote gemacht.

Zusätzlich gibt es in der Einrichtung ein “Arbeiten und Lernen”-Projekt, in dem ältere Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildungsplatz erste oder neue

Arbeitserfahrungen sammeln können. Neben der Mithilfe bei der Renovierung und beim Umbau des Gebäudes wurden von diesem Projekt auch Ausbauarbeiten am für die mobile Arbeit notwendigen "Ikarus"-Bus durchgeführt.

Probleme Jugendlicher bei der Beschaffung oder dem Erhalt von geeignetem Wohnraum bzw. bei beziehungsstörungen häuslichen Wohnverhältnissen haben in der Villa zur Einrichtung einer Krisenwohnung geführt. Das Projekt betont im Rahmen dieses Angebots vor allem seine Funktion als "stationäre Clearingstelle", will den Jugendlichen mit der Krisenwohnung keine Dauer- sondern eine Übergangslösung anbieten (vgl. dazu Gabriel, Gabriele: Die Krisenwohnung als "stationäre Clearingstelle" im System der Erziehungshilfen. Leipzig 1996).

In den Räumlichkeiten des Trägers gibt es seit neuem eine Kinder- und Jugendschutzstelle, die in enger Kooperation mit dem Jugendamt eingerichtet wurde und die in der Region eine zentrale Aufgabe wahrnimmt.

Und schließlich wurde inzwischen als Außenstelle des Trägers in einer Gemeinde des Landkreises ein zweiter Jugendtreff aufgebaut, in dem mit einem ähnlichen Ansatz wie in der "Zentrale" mit offener Jugendarbeit begonnen wurde. Zur gemeinsamen Nutzung und Bewirtschaftung dieses "Treffs" haben sich drei kleine Gemeinden zusammengetan und eine Zweckvereinbarung getroffen.

Eine Besonderheit des Trägers – darauf wird ausdrücklich hingewiesen – liegt darin, daß er für seine Beschäftigten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder kurzfristige Vertragskonstruktionen nach dem Arbeitsförderungsgesetz ablehnt. Dies ist dem Träger deshalb so wichtig, weil mit solch "unbeständigen" Arbeitsverhältnissen konstante Beziehungen zwischen Projekt und Jugendlichen nicht herzustellen sind. Im Personalbereich hat der Verein schließlich noch eine weitere Besonderheit. Neben den neun mit Dauerarbeitsverträgen beschäftigten und den zahlreichen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen arbeiten drei Mitglieder der Ordensgemeinschaft im Projekt mit. Diese "Brüder" wohnen in einem eigenen Bereich in den Räumlichkeiten des Jugendtreffs, d.h. sie sind – mit Ausnahme von Urlaub und dienstlichen Abwesenheiten – jederzeit ansprechbar. Sie stellen eine personelle "Rund-um-die-Uhr-Besetzung" (Quelle: Antwort des Jugendamts auf eine Anfrage im Kreistag) dar. So können Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Krisensituationen vom Projekt jederzeit, und d.h. zeitlich ohne Einschränkung, Rat und Hilfe bekommen.

Seit 1991 ist das Projekt in das Modellprogramm "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit" im Kinder- und Jugendplan des Bundes aufgenommen.

Vorgeschichte

1991 begann der "Verein für Jugendsozialarbeit" in den Räumen einer ehemaligen Villa mit der offenen Arbeit. Dies ist durchaus doppeldeutig zu verstehen: zum einen ist damit ein "offener Ansatz" im Sinne sozialpädagogischer Terminologie gemeint, zum anderen war die inhaltliche Entwicklung des Projektes damals entsprechend der schwierigen und unbestimmten Entwicklung nach dem Ende der DDR noch weitgehend unbestimmt. Hierauf weist auch das Jugendamt fünf Jahre später in seiner Antwort auf eine Anfrage im Kreistag hin, wenn es von einem damals noch nicht ausgefeilten Detailkonzept spricht. Den Jugendlichen sollten, so wollte es der Träger, mit den Angeboten in erster Linie Gesprächs- und Kontaktmöglichkeiten zur Selbstfindung gegeben, aber keine festen Vorgaben gemacht werden.

Ein derart offen konzipierter Ansatz erreicht zunächst relativ leicht eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen. Diese lassen sich mehr oder weniger problemlos ansprechen und zumindest einige von ihnen hätten vermutlich auch ohne spezielles sozialpädagogisches Angebot die notwendigen Hilfen gefunden. Das Projekt wollte aber bei dieser Zielgruppe nicht stehenbleiben. Es sollten darüber hinaus vor allem solche Jugendliche erreicht werden, die sich mit Kontakten nicht so leicht tun, die bei Schwierigkeiten oder Problemen nur mit Mühen oder gar keine Ansprechpartner finden würden. Diesen Jugendlichen sollen Angebote gemacht werden, damit sie mit den pädagogischen MitarbeiterInnen ins Gespräch kommen können. Wichtig ist dem Träger, und hier wird seine christliche Ausrichtung deutlich, daß seine MitarbeiterInnen ein an Wertorientierungen ausgerichtetes Leben führen. Sie sollen für die Jugendlichen zum Vorbild werden. Neben den MitarbeiterInnen sollen aber auch die Gleichaltrigen, die mit weniger Problemen und Schwierigkeiten belastet sind, ebenfalls eine Art "Leitbild" sein. Sie sollen den Jugendlichen – dies ist Absicht des Ansatzes – dazu helfen, daß sie ihre eigenen Interessen erkennen und formulieren können. Darauf will das Modellprojekt mit einem angemessenen Angebot reagieren und in diese Angebotsentwicklung sollen die Jugendlichen von Anfang an eng einbezogen werden.

Der Ansatz setzt nach Meinung des Projekts voraus, daß es zunächst kein abschließend programmiertes Hilfe- und Veranstaltungsangebot gibt. Dieses soll vielmehr eng angelehnt an die Vorstellungen und Wünsche der Jugendlichen entwickelt und ausgerichtet werden. Ein auf diese Weise entwickeltes Angebot kann, und dies ist abhängig vom jeweiligen Bedarf, sowohl für eine Gruppe wie auch für Einzelne bereitgestellt werden. Der Bedarf muß laufend überprüft werden, die Angebote werden entsprechend der jeweiligen Anforderungen ergänzt und verändert.

Hinter der Absicht, an den konkreten Bedürfnissen der Jugendlichen anzusetzen und diese handlungsleitend zu machen, standen für das Projekt von Beginn an

zwei Prinzipien: zum einen das Prinzip, die freie Entfaltung und Entwicklung des Menschen möglich zu machen und zum anderen das Prinzip ganzheitlichen und integrativen Arbeitens. In seinen Schriften beschreibt das Projekt selbst den Ansatz wie folgt:

“Durch systematische, methodisch gesicherte Beratungsangebote und durch Begleitung soll Jugendlichen und jungen Erwachsenen Hilfe bei der Entscheidung über ihren beruflichen Werdegang gewährt werden, die sie in die Lage versetzt, unter Berücksichtigung ihrer Lebenssituation, in Kenntnis und unter Nutzung eigener, jugendhilferechtlicher und sozialer Ressourcen zu einer überlegten, angemessenen und dauerhaften Arbeits-/Ausbildungsentscheidung zu gelangen. Gemäß dieser Zielsetzungen wurde das Beratungs- und Hilfeangebot des Modellprojekts ... systematisch auf die Belange Berufsvorbereitung, Berufswahl, Krisenintervention im familiären, schulischen und berufsvorbereitenden/beruflichen Bereich und auf den Bereich Wohnen ausgerichtet, und zwar unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Probleme und derjenigen Erfordernisse praktischer Arbeit, die sich aus den belastenden Lebensbedingungen eines ökonomisch strukturschwachen, vorwiegend ländlichen Lebensraums ergeben.”

In der Arbeit stieß das Projekt bald an doppelte Grenzen: aufgrund der Fülle der Probleme in der Region und der daraus resultierenden Nachfragen gab es sehr rasch räumliche Grenzen: d.h. die Kapazität des Gebäudes wurde zu klein. Bauliche Erweiterungen wurden deshalb unter Einbeziehung des öffentlichen Trägers geplant und schließlich durchgeführt. Über den räumlichen Bedarf hinaus wurde deutlich, daß eine Nachfrage nach Angeboten weit über die Stadt hinaus vorhanden war. In den Dörfern der Region war – wie in vielen anderen Regionen der neuen Bundesländer auch – die zu Zeiten der DDR vorhandene Infrastruktur weggebrochen oder weggebrochen worden.

Mit dem vom Projekt angebotenen offenen Treff in der Kreisstadt wurden auch diejenigen Jugendlichen aus den Dörfern des Landkreises erreicht, die dort weiterführende Schulen oder die Berufsschule besuchten. Sie kamen nach dem Schulbesuch und vor der Heimfahrt noch schnell in die Villa und hielten sich dort eine Zeitlang auf. Manche kamen auch in ihrer Freizeit zurück in die Stadt. Einige beteiligten sich schließlich auch aktiv an der Entwicklung von Angeboten und Aktivitäten und trugen den positiven “Ruf” des Projekts in die Dörfer. Durch eigene Öffentlichkeitsarbeit erzielte das Projekt schließlich auch eine “gute Presse”, die von den politisch Verantwortlichen oder den Pfarrern in den Dörfern zur Kenntnis genommen wurde und die, wie es ein Bürgermeister formulierte “... uns neidisch machte auf das, was in der Kreisstadt geboten wurde”.

Dies führte zu mehreren Anfragen aus Gemeinden oder Pfarreien, ob das Projekt nicht auch Angebote für die Jugendlichen in den Dörfern entwickeln und anbieten könnte.

Zuerst wurden diese Anfragen aus den Dörfern auf einer der regelmäßigen Klausurtagung des Projektes aufgegriffen und diskutiert. Doch wurden erste Überlegungen, ob und wie ein solches Angebot organisiert werden könnte, rasch wieder verworfen. So sah einer derjenigen Vorschläge, die zunächst als "... nicht durchführbar ..." verworfen wurden, vor, sich an dem Vorgehen von Banken und Sparkassen zu orientieren. Diese warteten nach der Wende in den Dörfern der neuen Bundesländer nicht darauf, daß die KundInnen in die Geschäftsstellen in den Städten kamen. Stattdessen suchten sie mit "mobilen Schaltern" die Dörfer auf und bedienten dort die Menschen. Für das Projekt hätte ein ähnliches Vorgehen bedeutet, daß es mit "mobiler Jugendarbeit" in die Dörfer gehen müßte.

Mit dieser "aufsuchenden Arbeit" könnte den Jugendlichen auf dem Land zumindest zeitweise Gelegenheit geboten werden, so wird es später vom Projekt programmatisch formuliert, "sich in lockerer Atmosphäre zu treffen und Freizeit sinnvoll zu gestalten. Vor allem aber soll ... (das Vorhaben) als eine erste Anlaufstelle für junge Menschen in sozialen Lebens- und Problemlagen dienen" (zitiert aus einer Selbstdarstellung des Projekts). Obwohl ein solcher Vorschlag "aufsuchender Jugendsozialarbeit" zunächst nicht zu realisieren war, denn es fehlten die erforderlichen sachlichen Voraussetzungen, wurde er dennoch nicht grundsätzlich verworfen.

Als im Jugendhilfeausschuß des Landkreises einige Monate später die Frage "Wie kann die Jugendarbeit in den Dörfern Fuß fassen?" thematisiert wurde, stellte das Projekt seine zunächst noch "unrealistischen" Überlegungen vor. Im Ausschuß wurde daraufhin festgestellt: ein Konzept ist vorhanden und es gibt einen Träger, allerdings fehlen die sachlichen Voraussetzungen. Denn ein Bus, der für "mobile Jugendarbeit" notwendig ist, war nicht vorhanden. Der stellvertretende Landrat – es waren damals Wahlkampfzeiten – übernahm schließlich die Aufgabe, sich um die Beschaffung eines Busses zu kümmern. Nach einem ersten gescheiterten Versuch klappte es schließlich im zweiten Anlauf. Aus den Beständen der örtlichen Stadtverkehrsbetriebe wurde ein ausgemusterter Bus zugesagt. Der "Ikarus"-Bus stand dem Projekt ab Februar 1994 zur Verfügung und wurde mit Hilfe des "Arbeiten und Lernen"-Projekts für die Anforderungen "mobiler Jugendarbeit" umgerüstet. Eine Theke wurde installiert, Platz für einen Kicker wurde geschaffen und schließlich konnten maximal 30 Jugendliche im umgebauten Bus Platz finden. Mit Beginn des Schuljahres 1994/95 war er einsatzbereit.

Während der Bus umgebaut wurde verschickte das Projekt einen Rundbrief an alle Bürgermeister und Pfarrer in den Dörfern des Landkreises. Die Angebote und Möglichkeiten der vorgesehenen "mobilen Jugendsozialarbeit" wurden beschrieben, um Bewerbungen wurde gebeten. Insgesamt wurden mehr als hun-

dert Briefe verschickt. Obwohl es erste Vorabsprachen mit einigen Bürgermeistern oder Geistlichen gab, war die Aktion für das Projekt doch ein Versuch "ins Blaue". Ob und wie die Angebote angenommen würden, war nicht abzusehen. Deshalb wurde das Angebot auch für die Bürgermeister und die Geistlichen absichtlich "niedrigschwellig" gehalten. Sie mußten sich nicht einmal schriftlich, sondern konnten sich bei Interesse telefonisch melden. Das Projekt würde dann die Aufgabe übernehmen, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen.

Der Erfolg der Aktion war zunächst gering. Aus den Dörfern kamen nur wenige Nachfragen und noch weniger Anmeldungen. Das Projekt vermutet heute, daß das Vorhaben in den Dörfern für unrealistisch gehalten wurde, daß an einer Durchführung der Angebote gezweifelt wurde. Erschwerend kam wohl hinzu, daß sich Bürgermeister oder Geistliche unter "mobiler Jugendsozialarbeit" kaum etwas Konkretes vorstellen konnten. Schließlich gab es ein vergleichbares Vorgehen im Kreis noch nicht. Eine gehörige Portion Skepsis und zögerliches Abwarten waren auf Seiten der Adressaten jedenfalls zu konstatieren.

Diese anfängliche Zurückhaltung in den Dörfern führte schließlich dazu, daß das Programm "mobile Jugendsozialarbeit" zunächst mit nur vier Dörfern begonnen werden mußte. Diese Dörfer wurden jeweils an einem festen Wochentag und immer zur gleichen Zeit vom Bus angefahren. Für jedes Dorf gab es im Projekt eine feste Kontaktperson, die regelmäßig im Bus anwesend und für die Jugendlichen und ihre Probleme da war. Die mobile Arbeit in den Dörfern wurde schnell bekannt, das Angebot sprach sich rasch herum und über die Beteiligten hinaus wuchs das Interesse auch in den anderen Dörfern an. Es hatte sich unter den zunächst zögernden Bürgermeistern und Geistlichen herumgesprochen, daß der Bus die Dörfer regelmäßig besuchte und daß die Angebote bei den Jugendlichen gut ankamen. Deshalb gab es bereits nach wenigen Monaten zusätzliche Anfragen nach mobiler Arbeit auch aus anderen Dörfern und im Projekt folgliche Überlegungen, wie diesen Erwartungen entsprochen werden könnte. Ergebnis war, daß die Zahl der von der mobilen Arbeit besuchten Dörfer fast verdoppelt wurde. Nach etwa einem halben Jahr "mobiler Jugendsozialarbeit" wurden schließlich bereits sieben Dörfer regelmäßig angefahren.

Damit waren die sachlichen und personellen Kapazitäten des Projektes, sollten die Dörfer im wöchentlichem Turnus besucht werden, erschöpft. Als in den folgenden Monaten die Nachfrage nach dem Bus dennoch weiter anwuchs, mußte das Projekt reagieren. Die wöchentlichen Besuchstermine wurden aufgegeben, es wurde auf einen zweiwöchentlichen Turnus umgestellt. Dies ermöglicht heute die Teilnahme von 14 Dörfern am Programm. Damit ist aber eine endgültige Grenze beim Besuchsturnus erreicht.

Auch im vierzehntägigen Rhythmus wird jedes der beteiligten Dörfer an einem bestimmten Wochentag und von festen Kontaktpersonen angefahren und betreut. Diese Konstanz ist für das Projekt ein unverzichtbarer Teil des Ansatzes. Nur so läßt sich, darauf wird im Projekt und im Dorf gleichermaßen hingewiesen, die für die Arbeit erforderliche persönliche Beziehung herstellen. Nur so

kann das notwendige Vertrauen zwischen Jugendlichen und PädagogInnen aufgebaut werden. Erst auf der Grundlage dieses Vertrauens können – über die Freizeitarbeit hinaus – Probleme des alltäglichen Lebens, also auch des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt, thematisiert und bearbeitet werden. Nur so können die richtigen und notwendigen Hilfen entwickelt und angeboten werden und die Jugendlichen auch erreichen.

In den wenigen Dörfern, in denen nach und nach besondere Räumlichkeiten für Jugendliche zur Verfügung gestellt werden konnten, wird “mobile Arbeit” wöchentlich angeboten. In der Woche, in der der Bus nicht kommt, besucht die zuständige Ansprechperson des Projekts an dem Besuchs-Tag das Dorf und entwickelt gemeinsam mit den Jugendlichen in den Räumlichkeiten ein Angebot. Zunächst waren es vier Gemeinden, die so betreut werden und an einem wöchentlichen Turnus teilhaben konnten, inzwischen sind aber nur noch zwei übrig geblieben.

Das Angebot “aufsuchender Arbeit” war von Beginn an langfristig angelegt. Zwar sollen die Jugendlichen auch ermuntert werden, ihre Interessen vor Ort selbständig zu artikulieren, zu vertreten und schließlich eine eigenständige Jugendarbeit im Dorf zu etablieren. Aber da dies gegen teilweise hartnäckigen Widerstand der Erwachsenen im Dorf nur langfristig zu verwirklichen ist, geht das Projekt davon aus, daß die Bus-Besuche zunächst nicht befristet werden können. Erst wenn in einer Gemeinde Angebote der Jugendarbeit kontinuierlich und fest installiert sind, wird die mobile Arbeit dort überflüssig werden.

Wenn sich in der mobilen Arbeit aber andererseits herausstellt, daß das Angebot in einem Dorf bei den Jugendlichen längere Zeit auf nur geringe Resonanz stößt, daß also Aufwand und Ertrag in einem Mißverhältnis stehen, dann steht die Arbeit dort zur Disposition. So kann es vorkommen – und dies ist auch in einem Fall schon geschehen –, daß das Dorf aus dem Fahrplan des Busses wieder herausgenommen wird. Dem geht allerdings eine sorgfältige und grundlegende Analyse der eigenen Arbeit und der Bedingungen vor Ort voraus. Vor dem endgültigen “Streichen” mobiler Arbeit werden mehrere Versuche, die Arbeit wieder in Schwung zu bringen, erfolgen. Für das Projekt wird durch das “Streichen” kein Termin frei, denn inzwischen gibt es mehr Nachfrager als das Projekt besuchen kann. Deshalb gibt es auch eine längere Warteliste.

Zielgruppe und Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Zielgruppe des mobilen Ansatzes sind die Jugendlichen in denjenigen Dörfern des Landkreises, in denen es keinerlei örtliche Angebote der Jugend- und der Jugendsozialarbeit gibt. Das Projekt charakterisiert vor allem zwei Gruppen: Dies sind zum einen Jugendliche, die die Freizeitangebote im Dorf vermissen und die diese in den Angeboten des Busses suchen. Sie haben in der Regel Ansprechpartner und Ratgeber für ihre Fragen und Sorgen, sie kommen mit Elternhaus, Schule und anderen Bezugspersonen oder Institutionen zurecht. Ihr Bedarf an Betreuung und Beratung durch die MitarbeiterInnen der “Mobilen Arbeit” ist gering. Darüber sind sich die Jugendlichen und das Projekt gleicher-

maßen im Klaren. Zum anderen gibt es eine Gruppe von Jugendlichen, die nicht so günstige Voraussetzungen haben. Sie sind öfter in schwierigen Situationen und brauchen hin und wieder Hilfen. Doch finden sie diese nicht oder nicht so leicht. Mit den Eltern können viele von ihnen nicht über ihre Probleme reden oder sie fühlen sich von ihnen nicht verstanden. Auch mit den LehrerInnen kommen sie oft nicht zurecht. Deshalb sind für sie die gleichaltrigen Jugendlichen im Dorf oder die Erwachsenen im Bus sehr wichtig.

Nachdem der Ansatz mit seinem Freizeitangebot zunächst die Jugendlichen im Dorf insgesamt als Zielgruppe akzeptiert und hier vor allem Anregungen geben will, werden die Zielgruppen für Beratungen und speziellere Angebote der Jugendsozialarbeit in einem nächsten Schritt "identifiziert". Dies sind vor allem diejenigen Jugendlichen, die Fragen und Probleme in unterschiedlichen Bereichen haben. So wird z.B. von Fragen zum Sexualverhalten bis hin zu Normverletzungen berichtet, aber auch Fragen zu Ausbildung und Arbeit sind für die Jugendlichen bedeutend. Vor allem in den Gesprächen mit den Jugendlichen wurden die Probleme im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt immer wieder betont. Hier fühlen sie sich unsicher, fragen nach "Tips" und "Hilfen". Für die unterschiedlichen Bereiche hält die Jugendhilfe im Landkreis inzwischen ein Netz von Hilfen und Angeboten bereit, das die Jugendlichen nutzen und in das sie vom Projekt weitervermittelt werden.

Aus der Sicht der politisch Verantwortlichen haben sich die Probleme mit den Jugendlichen in den Dörfern stark verändert. Nach der Wende gab es in der Region zunächst kaum Probleme mit Vandalismus, Lärmstörungen oder Alkoholismus. Inzwischen aber hat sich dies geändert. Es wächst – so Einschätzung eines Mitglieds eines dörflichen Gemeinderats – "...eine Generation heran, die auf Grund der Ereignisse der Wende nicht mehr in dem Maße von den Eltern erzogen worden sind, wie das zuvor der Fall gewesen ist." Anders als man auf Grund des Einflusses der staatlichen und gesellschaftlichen Jugendorganisationen in der DDR insgesamt meinen könnte, haben gerade in diesem katholisch geprägten Landkreis die Eltern immer einen wichtigen Einfluß auf die Jugendlichen und deren Einstellungen gehabt. Diese Jugendlichen, so berichtet ein Lehrer aus dem Landkreis, wachsen nun aber in einer Zeit auf, "... in der die Änderungen der Verhältnisse radikal sind und in der althergebrachte Erfahrungen weitgehend entwertet sind. Die Ressourcen, auf die sie bisher zurückgreifen konnten, sind verschwunden. Die Meinung der Eltern, die in diesen schwierigen Zeiten oft selbst nicht zurecht kommen, zählt nicht mehr. Sie werden nur noch selten um Rat gefragt, kennen sich häufig nicht aus ... Die Lehrerinnen und Lehrer sind ebenfalls weitgehend ratlos, stehen der schwierigen Arbeitsmarktlage hilflos gegenüber ... Das Arbeitsamt wird von den Jugendlichen häufig nicht akzeptiert ... Der Berufsberatung gegenüber sind sie eher gleichgültig, manche halten nichts von ihr und machen im Gespräch auch keinen Hehl daraus."

Dies führt – so berichten die befragten Erwachsenen in den Dörfern – zu neuen, bisher in dem Ausmaß nicht bekannten Konflikten. Bisher erprobte Regelmechanismen greifen nicht mehr. Vor allem die als schwierig bezeichneten Jugend-

lichen lehnen die von den Schulen gemachten Freizeitangebote ab. Mit Schule – dies berichten die LehrerInnen in den Dörfern – wollen sie in ihrer Freizeit nichts zu tun haben. Zum einen lehnen die Jugendlichen grundsätzlich die schulischen Freizeitangebote ab und artikulieren dies auch deutlich. Zum anderen ist ihnen die von der Schule verlangte Freizeitversicherung zu teuer. Diese Jugendlichen, die die Schule nicht erreicht, erreicht der Bus mit seinem mobilen Angebot. Hier sind einige LehrerInnen froh, daß sie von dieser schwierigen Zielgruppe wenigstens im Freizeitbereich entlastet werden, andere sehen ihre Grenzen in der Arbeit mit den Jugendlichen und hoffen für diese auf neue Chancen. In diesem Kontext ist die “mobile Arbeit” zwar nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein, dennoch aber eine hilfreiche – und in den Augen der LehrerInnen unverzichtbare – Maßnahme.

Zielgruppe des Ansatzes sind, hier stimmen die Erwachsenen in den Dörfern und im Projekt überein, vor allen Dingen die Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren. Dort, wo stärker jüngere Jugendliche die Angebote des Busses frequentieren, wird versucht, dem gegenzusteuern. Die MitarbeiterInnen im Bus versuchen eine Zeitgrenze einzuhalten, nach der Jüngere nicht mehr betreut werden. Und aus einer Schule wird berichtet, daß über das Lehrerkollegium und über den Pfarrer erfolgreich versucht wurde, stärker die 12- bis 18jährigen anzusprechen. Einigkeit besteht darin, daß gerade in dieser Altersphase Hilfen verstärkt erforderlich sind. Junge Erwachsene dagegen sind in einem Alter, in dem der Führerschein sowie ein Auto Mobilität über das Dorf hinaus ermöglichen. Kommerzielle Anbieter ziehen diese Jugendlichen mit Diskotheken und Veranstaltungen an und sind häufig wesentlich attraktiver als die Angebote aufsuchender Jugendsozialarbeit. Wenn erforderlich versuchen die MitarbeiterInnen aber auch, sich auf die Schwierigkeiten und Probleme junger Erwachsener einzustellen.

Betrachtet man die Jugendlichen, die abends den Bus besuchen nach ihrem Schulbesuch, so gibt es eine deutliche Tendenz. Nach Einschätzung der MitarbeiterInnen nehmen GymnasiastInnen und BerufsschülerInnen die Angebote der mobilen Arbeit deutlich häufiger wahr als Haupt- und RealschülerInnen. Dies hängt vermutlich damit zusammen, daß es Gymnasien und Berufsschulen in den Dörfern kaum gibt. Sie sind vor allem in der Kreisstadt, so daß deren SchülerInnen die Möglichkeit haben, nach dem Ende der Schule oder in den Freistunden in die Villa zu kommen. Sie haben Kontakte zu den MitarbeiterInnen des offenen Treffs und kennen diejenigen Personen, die im Rahmen der mobilen Arbeit in die Dörfer kommen. Und sie nehmen deshalb auch gern an den dortigen Angeboten teil. Diese Jugendlichen machen häufig “Werbung” für den Treff und ermutigen die Jugendlichen in den Dörfern erst zum Besuch des Busses und später zu einem Besuch im Treff. Sie gelten in den Augen des Projekts quasi als die Türöffner für die mobile Arbeit.

Mit den Freizeitangeboten will der Träger die Jugendlichen zum ersten Mal an die Jugendhilfe heranführen. Jugendliche sollen ermutigt werden, ihnen sollen die Hemmungen genommen werden, sich mit Problemen und Fragen an die Jugendhilfe zu wenden. Dabei spielen neben anderen auch die Angebote der Jugendsozialarbeit, die im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt angesiedelt sind, eine wichtige Rolle. Absicht des Ansatzes ist es, den Zugang zu diesen Hilfen einfach zu machen, mögliche Hindernisse zu beseitigen bzw. eventuell vorhandene Schwellen niedrig zu halten.

Deshalb hat das Projekt auch von Anfang darauf gesetzt, daß die Jugendlichen an den ihnen vertrauten Plätzen erreicht werden. Sie hatten – dies wird auch von den Bürgermeistern und Pfarrern beschrieben – in ihren Dörfern fast immer öffentliche Räume besetzt und für eigene Ansprüche genutzt. Diese waren ihnen vertraut, hier fühlten sie sich sicher. Deshalb wurden diese Treffpunkte vom Projekt gezielt als Orte für die sozialpädagogische Arbeit in Anspruch genommen. Der Ansatz ging davon aus, daß es hier leichter als in weiter entfernten Einrichtungen der Jugendhilfe sein würde, Kontakte zu den Jugendlichen herzustellen. Zunächst wurden die Plätze in den Dörfern erkundet, sie wurden auf ihre Eignung für die mobile Arbeit überprüft. In Abstimmung mit der Gemeinde wurde die Frage der Infrastruktur (Strom, Toiletten) geklärt, ein fester Besuchstag wurde ausgewählt. Dabei kam es zunächst auch zu Fehleinschätzungen. So wurde zwar ein für die Infrastruktur günstiger Ort ausgewählt, dieser wurde aber von den Jugendlichen nicht akzeptiert. Der Stellplatz mußte also gewechselt werden. Nach solchen geringen Anlaufproblemen hat sich dieser Zugang aber bewährt und wird vom Projekt grundsätzlich für sinnvoll und richtig gehalten.

Der Bus ist zunächst für alle Jugendlichen des Dorfes offen. Er steht auf dem Platz und kann von jedem betreten werden. Es gibt kein festes Angebot, der Ablauf kann gestaltet werden. Die "Freiwilligkeit der Teilnahme" ist handlungsleitende Grundlage der mobilen Arbeit. Die Jugendlichen bewegen sich in einer ihnen vertrauten Umgebung. Sie kennen den Ort und die meisten Personen und diese kennen wiederum die Jugendlichen. Denn sie treten in der Regel als Gleichaltrigengruppe auf. So gewinnen sie gegenüber den erwachsenen MitarbeiterInnen das notwendige Gefühl von Sicherheit. Die ersten Kontakte, so wird aus dem Bus und von den Jugendlichen berichtet, laufen über die Gleichaltrigengruppen. Sie sind zunächst nur lose und unverbindlich. Dies wird von den Jugendlichen für wichtig gehalten, auf festere Beziehungen wollen sie sich nicht einlassen. "Ich wollte mal sehen, was da abgeht, wer da so rumhängt ..." berichtet ein 16jähriger. Nach der ersten Phase eines "Beschnupperns" werden nach und nach die Grundlagen für mehr oder weniger dauerhafte Beziehungen gelegt. Zögernd entstehen stabilere Strukturen, wächst Vertrautheit. "Mit denen kannst du echt über alles reden ..." meint ein Besucher. So werden nach und nach z.B. Beratungsprozesse möglich. Neben der Offenheit und Vertrautheit bedeutet Niedrigschwelligkeit auch, daß die im Bus herrschenden Regeln gemeinsam erarbeitet werden und entsprechend der Bedürfnisse der Jugendli-

chen modifiziert werden können. So wurde z.B. in den für die Jugendlichen “wichtigen” Fragen von Rauchen und Trinken ein Kompromiß gefunden. “Kontrollierter” Konsum von Alkohol und Nikotin wird vom Projekt entlang “realistischer” Altersgrenzen toleriert. Auch die Aktivitäten im Bus werden von den Jugendlichen mitbestimmt, Eigenaktivitäten werden gefördert. So wird ein Klima geschaffen werden, in dem sich die Jugendlichen auch nach eigenen Aussagen wohl fühlen. “Ich fühle mich von ... (Name des Mitarbeiters) akzeptiert und bin gern mit dem zusammen ...” erzählt ein Jugendlicher. Hier gibt es einen Anknüpfungspunkt für weitere sozialpädagogische Angebote, so lassen sich die Jugendlichen auf Anregungen und Hilfen ein. Doch soll ihnen, darauf weist das Projekt ausdrücklich hin, nichts aufgezwungen werden. Es gibt kein heimliches Curriculum. Die Jugendlichen können das “Tempo” bestimmen, können Kontakte und Nähe suchen oder lassen, Informationen über sich weitergeben oder behalten sowie Angebote annehmen oder ablehnen.

Mit mobiler Arbeit sollen Jugendliche, die Konflikte im Elternhaus, in der Schule oder in der Ausbildung haben, frühzeitig angesprochen werden. Der Kontakt soll zu einem Zeitpunkt hergestellt werden, an dem Einflüsse auf Handeln und Verhalten noch möglich sind. Erfahrungen zeigen, so wird aus dem Jugendamt berichtet, daß Konflikte z.B. innerhalb von Familien oft zu lange intern behandelt und gehalten werden. Erst wenn der Druck so groß ist, daß die Auseinandersetzungen “... nicht mehr unter der Decke gehalten werden können ...” sind sie von außen wahrzunehmen. Und dann muß das Jugendamt mit aufwendigen Maßnahmen eingreifen. Dies führt dann häufig zu Fremdunterbringungen, die bei einer rechtzeitigen Intervention zu vermeiden gewesen wären. Mobile Arbeit kann für Jugendliche und für Familien frühzeitig Gesprächspartner anbieten. Dies gilt auch bei Problemen in Schule und Arbeitswelt. Diese Angebote wirken – so wird aus dem Jugendamt berichtet – häufig deeskalierend. Ohne sie würden in schwierigen Situationen wesentlich häufiger massive Konflikte mit entsprechenden Folgekosten entstehen.

Die Probleme und Ereignisse, die die Jugendlichen bewegen und die sie letztlich ermutigen, engere Kontakte zu den MitarbeiterInnen im Bus aufzunehmen, sind vielfältig. Nach den von den MitarbeiterInnen berichteten Erfahrungen lassen sie sich wie folgt kategorisieren:

- “Dorfklatsch”; altersentsprechend sind dies vor allem solche Ereignisse, die mit übermäßigem Alkoholgebrauch und mit den Ereignissen auf Festen verbunden sind;
- Schulprobleme; hier wird vor allem über Ärger mit LehrerInnen und Ereignisse auf Klassenfahrten berichtet;
- berufliche Probleme, Probleme im Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt sowie Schwierigkeiten bei der Suche nach Ausbildungsplätzen und bei Bewerbungen;
- Mobilitätsprobleme; das sind Probleme mit weiten Arbeitswegen sowie das Risiko, wegen der Arbeit einen Ortswechsel vornehmen zu müssen.

Das Projekt hat für den Umgang mit diesen Problemen zunächst keine festen Angebote entwickelt. Zunächst werden vor allem Gesprächsmöglichkeiten, ein

Raum für den Diskurs offeriert. Und die Jugendlichen nehmen das – so ihre Aussagen – an und fühlen sich nicht “pädagogisch” behandelt: “... die wollen nichts von uns ...”, “... hier kann man so schön rumhängen ...”, “... hier kann ich machen was ich will ...”. Zu den Freizeitangeboten und dem “Klatsch” werden im Bus je nach Bedarf auch Möglichkeiten der Problembearbeitung angeboten. Jugendliche sollen, dies wird vom Projekt vorrangig betont, eigene Lösungswege finden. Sie sollen “sich ausprobieren und erfahren” können. Dazu werden Hilfen angeboten und Wege vermittelt. Dies gilt auch in den Fragen, die mit Ausbildung und Arbeit zusammenhängen.

Die Abende im Bus verlaufen typischerweise etwa so: Zentral sind zunächst die Interessen der Jugendlichen an Freizeit, Spiel und Spaß. Über Spiele und Gespräche wird schnell der Kontakt zwischen MitarbeiterInnen und Jugendlichen hergestellt, die Ereignisse der letzten Tage werden besprochen. Das Klima ist offen und signalisiert Vertrautheit, die Betreuer werden von den Jugendlichen denn auch als “... ganz in Ordnung ...” bezeichnet. Die MitarbeiterInnen berichten, daß in den Gesprächen parallel zur wachsenden Ausbildungs- und Beschäftigungskrise Fragen der beruflichen Zukunft zunehmend von Bedeutung sind. Die BesucherInnen berichten von den Problemen und über die Lösungsversuche, sie suchen erwachsene Zuhörer und Ratgeber gleichermaßen. So werden auch die Angebote des Trägers zur beruflichen Orientierung und zur Berufsfindung im Bus angeboten, Jugendliche werden motiviert, diese Hilfen in Anspruch zu nehmen. Allerdings sind diese Hinweise vom Projekt nur als erster Zugang zu den Jugendlichen gedacht. Denn darüber hinaus werden die zuständigen Institutionen wie Berufsberatung und Arbeitsvermittlung ebenso miteinbezogen wie die Angebote anderer Träger. Manchmal sind die Jugendlichen über die vielfältigen Angebote im Übergang bereits informiert, dennoch nehmen sie gern die Beratung in der mobilen Arbeit an. Hin und wieder werden solche Gespräche von den Jugendlichen bereits während der Freizeitaktivitäten begonnen, oft werden aber gezielt günstigere Zeitpunkte, zu denen sie sich “ihren Rat holen” können, ausgewählt.

Die durch die Regelmäßigkeit der Kontakte gewachsene Vertrautheit führt dazu, daß im Beratungsgespräch Hintergrundinformationen vorhanden sind, die in anonymen Beratungssituationen kaum vorhanden sein können. Dies ist neben der lockeren und angenehmen Atmosphäre von besonderer Bedeutung. Die MitarbeiterInnen weisen darauf hin, daß dieses Wissen in den Beratungen von enormer Bedeutung ist, daß auf dieser Grundlage gezieltere Hinweise und Vermittlungen möglich sind. Dies wird von den Jugendlichen nach eigenen Aussagen auch geschätzt und sie haben Vertrauen zu den MitarbeiterInnen und sehen in ihnen Verbündete, die sie “... um alles und um jedes ...” um Rat fragen können.

Die Ausdehnung des Besuchsrythmus in den Dörfern auf vierzehn Tage ist nach Einschätzungen aus dem Projekt allerdings mit einigen Problemen verknüpft. Die Kürze des abendlichen Besuchs und die lange Zeit zwischen den Besuchen machen immer wieder “... eine Art Aufwärmphase im Bus ...” erforderlich. Bevor also Probleme angesprochen werden können dauert es eine gewis-

se Zeit. Und bei drei bis maximal vier Stunden Besuchszeit und bei der Enge im Bus ist es für manche Jugendliche schwierig, sich mit ihren Problemen einzubringen. So konnte beobachtet werden, daß die "Knackpunkte" von den Jugendlichen erst gegen Ende der Besuchszeit angesprochen wurden. Hier versucht das Projekt zu reagieren. So sollen die Jugendlichen zum einen stärker auf die Angebote des offenen Treffs in der Kreisstadt orientiert werden und dies soll durch Fahrdienste ermöglicht werden. Zum anderen soll versucht werden, ein Angebot der Jugendhilfe in den Dörfern nach und nach zu etablieren. Diese Strategie des Projekts erscheint vor dem Hintergrund der beschriebenen Probleme sinnvoll.

Zwar kommt es auch vor, daß vom Projekt ein konkreter Ausbildungsplatz benannt oder empfohlen werden kann, in der Regel wird diese Aufgabe aber der Arbeitsvermittlung oder der Berufsberatung überlassen. So bleibt es im Bus oder in der Einrichtung bei Beratungsgesprächen, mit den Jugendlichen werden Suchstrategien erörtert und möglicherweise verbessert. Sowohl die Suchstrategien über Bekannte, Verwandte und Firmen als auch über die Berufsberatung sind, dies wird vom Projekt berichtet, Gegenstand der Gespräche. Berichtet wird auch, daß die Berufsberatung bei den Jugendlichen "... nicht den besten Ruf ..." hat. Hier sieht das Projekt seine Aufgabe darin, Vorbehalte und Vorurteile auszuräumen. Folglich werden die Kontakte zur Berufsberatung besonders sorgfältig vorbereitet. Meist haben die Jugendlichen zur Berufsberatung zwar eine eher negative Einstellung, aber sie wissen weder, wo die Berufsberatung ist, wer ihre Gesprächspartner sind, noch wissen sie, was sie dort erwartet. Das Projekt versucht deshalb Hilfestellungen anzubieten und Vorbehalte zu überwinden.

Nur selten haben es die MitarbeiterInnen im Bus bisher mit Ausbildungsabbrüchen zu tun. Sie erklären dies damit, daß die soziale Kontrolle in den Dörfern doch noch relativ stark ist. Diese Einschätzung bestätigen auch die Aussagen der InterviewpartnerInnen in den Dörfern. Bei einer einmal begonnenen Berufsausbildung entsteht sehr schnell der Druck auf die Jugendlichen, diese auch "... durchzuziehen, koste es was es wolle ...". Schwierigkeiten mit der und Konflikte in der Ausbildung müssen ausgehalten und gelöst werden, ein erfolgreicher Abschluß wird erwartet. Dieser Druck zwingt zum Durchhalten und führt dazu, daß es in den Dörfern, unabhängig davon, ob nun der "Traumberuf" oder "irgendein Beruf" erlernt wird, nur sehr wenige Abbrecher gibt. Allerdings ist dies nur die eine Seite. Die soziale Kontrolle wirkt sich nämlich nicht nur auf die Auszubildenden, sondern auch auf die Betriebe aus. Auch von den Betrieben, den Meistern und Gesellen wird erwartet, daß die auftauchenden Schwierigkeiten gelöst werden.

Einen geschlechtsspezifischen Ansatz in der Arbeit im Übergang in die Arbeitswelt bietet das Projekt nicht an. Dennoch werden die Unterschiede präzise beschrieben. Während sich die Jungen, wenn auch meist nur mit viel Mühe, in Richtung Arbeitswelt orientieren und dort wenigstens ein minimales Angebot vorhanden ist, ist dieses für Mädchen in der Region so gut wie nicht vorhanden. Ausbildungs- und Arbeitsplätze fehlen. So bleibt ihnen nur die Chance weiterer Schulbesuche, auch diese in der Regel ohne Aussicht auf konkrete Übergänge in

die Arbeitswelt. Konsequenz sind Zugänge zu Fachschulen und immer noch der resignierte Rückzug in die Familie.

Auch wenn die Jugendlichen häufig mit den Angeboten der Berufsorientierung in den Schulen nicht zufrieden waren, so wurden dennoch keine eigenen Angebote des Trägers entwickelt. Stattdessen wurde vorgeschlagen, mit den Schulen des Kreises zusammen an den bestehenden Angebote anzusetzen, diese zu verändern und auszuweiten. Dazu wird die Kooperation mit den BeratungslehrerInnen gesucht, ohne sie ist sinnvolle orientierende Arbeit nicht möglich.

4

Kooperation

Das Ziel des Ansatzes, vielfältige Probleme und Fragen von Jugendlichen aufzugreifen und ihnen Hilfestellungen anzubieten, erfordert geradezu zwangsläufig die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Zuständigkeiten im Handlungsfeld. Auf der einen Seite sind dies diejenigen Personen in den Dörfern, die politische (Gemeinderat, Bürgermeister) und soziale Verantwortung (Pfarrer) tragen. Auf der anderen Seite sind es die zuständigen Institutionen der Jugendhilfe (Träger, Jugendamt) oder die Institutionen im Bereich von Bildungs- und Berufsberatung.

4.1

Kooperation mit den politisch Verantwortlichen in den besuchten Dörfern

Voraussetzung für die Arbeit in den Dörfern ist die Einwilligung der politisch Verantwortlichen. Ein Gemeinderatsbeschluss ist erforderlich. Nach dieser formalen Zustimmung sowie mit der Zusage eines – wenn auch in der Höhe eher symbolischen – finanziellen Eigenanteils der Gemeinde (etwa 100 DM monatlich) kann die Kooperation beginnen. Obwohl die beteiligten Dörfer diese Hürden genommen haben und die Kooperation begonnen hat, ist mobile Arbeit in den Gemeinräten nicht unumstritten. Bedeutung und Stellenwert von Jugendarbeit und Jugendpolitik werden, so wird in den Interviews berichtet, verschieden bewertet. Manche – nach Aussagen der Jugendlichen viel zu wenige – unterstützen die Arbeit aktiv, zu ihnen haben die Jugendlichen Vertrauen. Sie wagen es, diesen Erwachsenen ihre Vorstellungen und Wünsche vorzutragen, auf ihre Unterstützung setzen sie. Andere stehen der Jugendsozialarbeit gleichgültig gegenüber. Sie verhindern nichts, befördern aber auch nichts. Einige verhalten sich dagegen offen ablehnend, wollen finanziellen Zusagen nicht zustimmen. Sie halten Jugendarbeit für nutzlos, „... sie bringt ja doch nichts.“. So mußten sich mancherorts die Befürworter mühsam Verbündete suchen, damit der Gemeinderat der Kooperation zustimmen konnte.

Mobile Jugendsozialarbeit wird demzufolge in vielen Gemeinden als selbständige und eigenverantwortliche Einrichtung angesehen, die Angebote werden toleriert. Eigene Forderungen der Gemeinden werden nicht formuliert, nur wenige Ratsmitglieder suchen engere Kontakte. Dies führt hin und wieder zu Gesprächen zwischen ProjektmitarbeiterInnen und PolitikerInnen, in denen die Probleme, die sich mit der aufsuchenden Arbeit verbinden, thematisiert werden können. So findet ein Austausch an Meinungen und Informationen über die

Jugendlichen und ihre Probleme statt, werden Lösungsansätze diskutiert. Grundsätzlich aber wird dem Projekt inhaltlich weitgehend freie Hand gelassen, jugendpolitische Vorstellungen oder Anregungen sind in den Dörfern kaum vorhanden.

Was aus fachlichen Gründen erforderlich ist, kann das Projekt veranlassen. Dies geschieht meist ohne Absprachen mit den Gemeinderäten, so daß diese über die Arbeit in den Bussen nur wenig informiert sind. Zwar sind Besuchszeiten und manchmal auch die Besucherzahlen bekannt, aber selbst besucht haben nur wenige den Bus. Dies wird von den befragten Gemeinderäten zwar als Manko angesehen, aber ändern können sie diese Gleichgültigkeit vieler Erwachsener nicht. Eine an den Interessen der Jugendlichen ausgerichtete inhaltliche Kooperation findet deshalb zwischen Jugendsozialarbeit und Gemeindepolitikern nicht statt.

In der Regel klappt aber wenigstens die Unterstützung der Gemeinde im Infrastrukturbereich. Konflikte bei der Bereitstellung des Standplatzes und bei der technischen Hilfestellung für Strom und Toiletten werden nicht berichtet. Strom für den Bus wird entweder aus nahen öffentlichen Gebäuden oder von öffentlichen Entnahmestellen beschafft. In einem der Dörfer gibt es inzwischen auch einen Raum, der von den Jugendlichen und der Gemeindeverwaltung – wenn auch zögerlich – für die Jugendarbeit hergerichtet wird. Langfristig, dies sieht das Konzept vor, soll er von den Jugendlichen genutzt und ein Anlaufpunkt für Ratsuchende werden. So könnte sich eine Alternative zur mobilen Arbeit entwickeln, diese könnte eingestellt und von einem stationären Angebot abgelöst werden. Allerdings erwartet sich die Gemeinde, darauf weist ein Gemeinderatsmitglied hin, daß der Träger zumindest zeitweise die fachliche Betreuung übernimmt. Auch bei diesem Vorhaben wirken sich die widersprüchlichen Einstellungen der Erwachsenen zur Jugendarbeit aus. Die Renovierung und der Ausbau des Raums kommen nur zögerlich voran, denn die Erwachsenen setzen immer wieder andere Prioritäten. Dies führte, die Jugendlichen nehmen da kein Blatt vor den Mund, immer wieder zu Frustrationen und Enttäuschungen.

Daß das Projekt in seinen Erwartungen an die Gemeinderäte ebenfalls niedrigschwellig ist, wurde bereits berichtet. So wird es den "Gleichgültigen" und den "Kritikern" in den Dörfern leicht gemacht, das Angebot zu tolerieren. Das Angebot ist ausgesprochen "preiswert" und muß eher symbolisch entgolten werden. Es belastet den Etat der Gemeinde nur geringfügig. Die meisten Kosten trägt das Projekt. Eine auch nur annähernd kostendeckende finanzielle Verpflichtung der Dörfer ist nicht vorgesehen. Es wird immer wieder die Befürchtung geäußert, daß ein stärkeres finanzielles Engagement aus den Gemeindehaushalten das Ende der mobilen Arbeit im Dorf bedeuten würde. Doch es werden auch andere Beispiele berichtet. So hat die Erfahrung mit der mobilen Arbeit in drei Gemeinden inzwischen zu einer jugendpolitischen Debatte geführt. Ergebnis war, daß die Gemeinde eigene Räume für Jugendliche und deren Interessen bereitgestellt hat. Allerdings konnten die für die Betreuung der Räume und für die Jugendarbeit notwendigen Personalmittel aus den Etats die-

ser Gemeinden nicht aufgebracht werden. Deshalb wurde ein Verbund eingerichtet, indem Mittel von Land, Kreis und Kommunen gebündelt eingesetzt werden. Dies hat dazu geführt, daß mit der Unterstützung des Projekts seit einiger Zeit ein dauerhaftes Angebot entwickelt und realisiert werden konnte. Durch die mobile Arbeit sind also drei Bürgermeister motiviert worden, jugendpolitisch Verantwortung zu übernehmen und vor Ort tätig zu werden.

Bestrebungen, Jugendpolitik zu betreiben und aktiv zu werden, scheinen sich, so wird berichtet, langsam durchzusetzen. Möglicherweise gibt es zunächst vor allem den Wunsch, gegenüber der Kreisstadt jugendpolitisch nicht allzusehr den Anschluß zu verlieren. Aber es gibt in den Gemeinderäten auch Personen, die aktiv Jugendpolitik betreiben und dafür die Angebote des Trägers nutzen wollen. Diese haben nämlich im Kreis mittlerweile einen "guten Ruf", so daß die Warteliste lang geworden ist. Und beim Ausscheiden eines Dorfes aus dem Besuchsprogramm stehen viele bereit, neu aufgenommen zu werden.

Insgesamt wird für die Kommunalpolitik in den Interviews ein widersprüchliches Bild gezeichnet. Zum einen haben ausnahmslos alle Gemeinden nur einen geringen finanziellen Spielraum, so daß auch die politischen Gestaltungsmöglichkeiten nur sehr eingeschränkt sind. Deshalb gibt es vor Ort harte Konkurrenzen unterschiedlicher Anforderungen um diese begrenzten Mittel. Gleichzeitig werden die Erwachsenen in den Dörfern mit Verhaltensweisen von Jugendlichen konfrontiert, die ihnen fremd sind und denen sie mit Unverständnis gegenüber stehen. Die Probleme und Konflikte, so wird es von den Erwachsenen wahrgenommen, haben sich in den Dörfern verschärft. Inzwischen wächst – so auch die Einschätzung durchaus wohlwollender Gemeinderäte – eine Generation heran, die auf Grund der teilweise radikalen Veränderungen in der Folge der "Wende" von den Eltern nicht mehr ausreichend erzogen worden sind. So nehmen z.B. in einem Dorf Eigentumsdelikte von HauptschülerInnen stark zu und führen zu Konflikten zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, die in herkömmlicher Weise kaum noch zu regeln sind. Dies hat auf der einen Seite Forderungen nach verstärkten Hilfen und Angeboten für Jugendliche zur Folge, auf der anderen Seite die Ablehnung jeglichen Engagements und die Verneinung eigener Zuständigkeiten.

Kooperation mit den Pfarrern in den besuchten Dörfern

Neben den politisch Verantwortlichen sind für den kirchlichen Verein vor allem die Pfarrer in den Dörfern quasi "natürliche" Ansprechpartner. Allerdings stehen auch sie den Jugendlichen und ihren Problemen, dies wird in den Interviews beteuert, oft nur distanziert gegenüber. Davon wurde das Projekt zunächst überrascht, war doch auf Grund westdeutscher Erfahrungen kirchliches Engagement in der Jugend- und Jugendsozialarbeit durchaus nichts ungewöhnliches. Durch die besondere historische Entwicklung von Kirche und Staat in der DDR im Allgemeinen und in dieser Region im Besonderen hat sich jedoch eine gänzlich andere Ausrichtung der Arbeit der Kirche und ihrer Zuständigkeit ergeben.

Für die Jugendarbeit war in der DDR zunächst der Staat zuständig, und dieser nahm die Verantwortung auch wahr. Die Zuständigkeit der Kirche und ihrer Arbeit mit den Jugendlichen wurde und wird dagegen in erster Linie als eine katechetische Arbeit gesehen. In der Jugendarbeit wurden demzufolge in erster Linie die Probleme und Aktivitäten der Kirche besprochen, Glaubensfragen und Fragen um die Ausübung der Religion standen im Mittelpunkt. Auf diese eingeschränkte Zuständigkeit und auf diesen kirchlichen Auftrag ziehen sich manche Pfarrer auch heute noch zurück. Die mit dem Wechsel des Wirtschaftssystems aufgrund der neu entstandenen deutschen Einheit aufgekommenen Probleme und Schwierigkeiten der Jugendlichen überfordern die Pfarrer zumeist. Jugendliche und Kirche kommen unter den neuen Bedingungen deshalb nur schwer zusammen.

Auch zum Träger haben die Pfarrer oft kaum mehr als eine wohlwollende Distanz. Aktive Unterstützung der mobilen Arbeit ist eher die Ausnahme. Obwohl der Verein in seiner Ausrichtung eindeutig kirchlich geprägt ist, wird in der mobilen Arbeit kein Ansatz gesehen, der sich an die katechetische Arbeit in den Dörfern anbinden ließe. So fallen die Kirchengemeinden und die Pfarrer aus der Sicht des Projekts als Kooperationspartner weitgehend aus. Die manchmal neu und modern ausgebauten Räumlichkeiten in den Pfarreien können für die Jugendarbeit nicht genutzt werden, obwohl gerade die fehlenden Räume in den Dörfern und die deshalb entstehende Straßennutzung Jugendlicher mit den damit verbundenen Konflikten problemverschärfend wirken. Außerdem lassen oft die Raumnutzungs-Konzepte der Kirchengemeinden keinen Platz für die Vorstellung von Jugendsozialarbeit, die der Verein entwickelt hat. So müßten z.B. die Räumlichkeiten in den Pfarreien von Jugendlichen und anderen Gruppen der Gemeinde gemeinsam genutzt werden. Dies hätte zur Folge, daß die Jugendlichen "ihre" Räumlichkeiten nicht nach den eigenen Vorstellungen gestalten könnten.

Kooperation mit den Schulen

Von den Schulen in den Gemeinden wird die mobile Arbeit als hilfreich empfunden. Sie unterstützen von Anfang an die Versuche, den Jugendlichen in den Dörfern Angebote zu machen. So wird z.B. aus einer Schule berichtet, daß die Schulleitung anfänglich an den Besuchstagen des Busses über Lautsprecher bekanntgab, wann und wo der Bus stehen würde. Am "schwarzen Brett" in der Schule werden auch heute noch Aushänge über die Angebote in der Villa gemacht, Terminänderungen werden bekanntgegeben. Diese Unterstützung ist aus der Sicht vieler LehrerInnen deshalb so wichtig, weil hier die Chancen und Möglichkeiten von Schule und Jugendsozialarbeit miteinander vernetzt und im Sinne der Jugendlichen genutzt werden können.

Aus einem Dorf wird berichtet, daß die Schule versucht hat, SchülerInnen über Arbeitsgemeinschaften auch in der Freizeit zu erreichen. Aber die Institution "Schule", dies berichtet der Schulleiter selbstkritisch, tut sie gerade bei "... den Jugendlichen, die es nötig haben, schwer ...". So haben trotz mehrerer Versuche der Schule vor allem die schwächeren und problematischen SchülerInnen

die vorgeschlagenen Angebote abgelehnt. Diejenigen der mobilen Arbeit haben dagegen in den Augen der Jugendlichen einen anderen Stellenwert. Sie werden akzeptiert und auch angenommen. Dies gilt auch für die Berufsorientierung. Schulische Angebote und die der Arbeitsverwaltung erreichen manche Jugendliche nicht. Die mobile Arbeit tut sich auch hier leichter und findet den Zugang zu den Jugendlichen. Dies wird, darauf weist der Schulleiter ausdrücklich hin, von der Schule nicht als Konkurrenz gesehen. Jugendsozialarbeit arbeitet hier eher komplementär und deshalb werden die SchülerInnen immer wieder auf deren Angebote aufmerksam gemacht.

Entgegen der Absicht des Busses, so wird aus einem Dorf berichtet, sind zunächst vor allem die jüngeren SchülerInnen vom Angebot der mobilen Arbeit angesprochen worden. Sie haben den Bus regelmäßig aufgesucht, haben den Bus quasi "besetzt" und somit war die dortige Arbeit für die älteren SchülerInnen (der Klassen 8 bis 10) als Kinderkram abgestempelt. Hier haben sich sowohl die Schule als auch der Pfarrer, der in seiner Predigt von der Kanzel dazu aufgerufen hat, den Bus nicht als Betreuungsangebot für die Jüngeren sondern für die Älteren zu sehen, eingemischt. Es wurde erreicht, daß die jüngeren sich stärker zurückhielten, andere Angebote bekamen und daß der Bus auch von den älteren SchülerInnen akzeptiert wurde. Mit diesem Beispiel macht ein Schulleiter deutlich, daß auch die Schule mit dem Angebot der mobilen Arbeit eine pädagogische Erwartung verbindet. Sie erhofft sich eine Rückwirkung auf den schulischen Alltag, erwartet Hilden für die Jugendlichen und damit auch schulisch ein besseres Klima.

Diese Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe, die Unterstützung der mobilen Arbeit durch die Schule, ist nicht uneigennützig. Auch die Schule profitiert von SchülerInnen, die für Fragen und Probleme professionelle und angemessene Hilfen erhalten. Schulisches Arbeiten ist so einfacher, Erfolge sind leichter zu erzielen. Berührungspunkte werden so zu Hoffnungen auf Kooperation im Interesse der SchülerInnen, der Schule und des dörflichen Zusammenlebens. Auch wenn dies nicht von allen LehrerInnen aktiv unterstützt wird, berichten die interviewten Personen in den Dörfern dennoch davon, daß dies auch nicht behindert wird.

Kooperation mit Institutionen im Übergang Schule/Arbeitswelt

Von Anfang an wurden die Beratungsangebote und Hilfeleistungen anderer freier Träger in das Konzept miteingebunden. Zwar wurden nach den ersten Kontakten zu den Jugendlichen und nachdem die Beziehungen gefestigt waren zunächst die Hilfen innerhalb der eigenen Einrichtung angeboten. Allerdings haben die begrenzten Möglichkeiten des eigenen Angebots beim Verein schnell dazu geführt, die gesamten Angebote der regionalen Jugendhilfe miteinzubeziehen. So werden die Jugendlichen bei Bedarf in andere Projekte weitervermittelt oder die Angebote anderer Institutionen werden in die Räume des offenen Treffs geholt. Dies setzt allerdings voraus, daß das Projekt einen Überblick über die Vielfalt der anderen Einrichtungen hat und deren Beratungsangebote kennt. Da der Verein in den übergreifenden Jugendhilfegremien in Kreis und Land vertre-

ten ist, hat er auch einen umfassenden Überblick über das regionale Angebot in den Bereichen beruflicher Orientierung und Übergangshilfen.

Auch in die Arbeit des Vereins im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt werden andere Träger und das Arbeitsamt einbezogen. Für diesen Bereich berichtet das Projekt von dauerhafter und verlässlicher Kooperation, über Konkurrenzen zwischen den unterschiedlichen Akteuren wird nicht berichtet. Die Aufteilung der Zuständigkeiten und die inhaltliche Kompetenz der Handelnden, so die Aussage von Projekt und Jugendamtsleiter, werden allseits akzeptiert.

4.5

Kooperation mit dem Jugendamt

Der Verein hat – er war schließlich der erste anerkannte frei Träger der Jugendhilfe – beim Aufbau und bei der Ausgestaltung der Jugendhilfe im Kreis wichtige Funktionen übernommen. Anders – so die Aussage des Jugendamtes – wären die zum damaligen Zeitpunkt nicht zu besetzen gewesen. So ist der offene Treff des Trägers in der Kreisstadt rasch eine wichtige, wenn nicht “die” zentrale Einrichtung für Jugendarbeit geworden. Die präventive Arbeit des Vereins wird vom Jugendamt positiv bewertet. Die in der Villa untergebrachten Einrichtungen “Kinderschutzstelle” und “Krisenwohnung” sind ebenfalls “die” zentralen Anlaufstellen im Kreis.

Diese enge Kooperation ist für beide Partner vorteilhaft. Der Verein hat im Jugendamt die relativ “kurzen Dienstwege” und trifft dort auf eine grundlegend positive Einstellung. Das führte auch dazu, daß das Jugendamt die mobile Arbeit in den Dörfern von Beginn unterstützte. Der Ansatz wurde als eine wesentliche Aufgabe der Jugendhilfe, wahrgenommen vom Verein, betrachtet. Der Verein hat von Beginn an das Jugendamt in die Konzeption und Planung miteinbezogen und alle Schritte eng abgesprochen, so daß das Jugendamt sich durch den Ansatz entlastet fühlt. Die eigene Zuständigkeit, auf die an dieser Stelle explizit hingewiesen wird, wird dem Verein übertragen. Die Kompetenzen des Vereins in den Bereichen Jugend- und Jugendsozialarbeit werden für alle Seiten, für die Jugendlichen, die Administration und die Politik fruchtbar gemacht. Wann immer erforderlich bekommt der Verein für die mobile Arbeit Hilfen vom Jugendamt, darauf wird vom Jugendamtsleiter ausdrücklich hingewiesen. Auch für die notwendigen Beratungsangebote im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt und bei den Vermittlungen in Maßnahmen stehen die MitarbeiterInnen des Jugendamtes der mobilen Arbeit mit Rat und Tat bereit.

4.6

Notwendige Kooperation

Ein niedrighschwelliger Ansatz, wie der beschriebene, ist auf die Kooperation mit den anderen Akteuren im Handlungsfeld angewiesen. Diese Bereitschaft kann allerdings nicht immer vorausgesetzt werden. So sind auch die Erfahrungen mit den verantwortlichen Personen in den Dörfern, den Bürgermeistern und Pfarrern, unterschiedlich. Einige sind für die Kooperation offen, andere halten sich eher zurück. Langfristig aber, davon geht das Projekt aus, wird der wachsende Problemdruck Kooperationen erforderlich machen.

Auf der Ebene der in der Jugendhilfe fachlich zuständigen Personen sowie bei den im Übergang tätigen Institutionen und Personen wurde in der Zwischenzeit ein Netz aufgebaut. Trotz vorhandener Konkurrenzen funktioniert die Kooperation inzwischen aber weitgehend reibungslos. Möglicherweise liegt dies mit daran, daß die mobile Arbeit zwar dem Verein übertragen wurde, daß dieser aber daraus keinen Vorteil zieht. Die anderen Leistungsanbieter im Übergang werden in die Angebote eingebunden, das Wohl der Jugendlichen steht erkennbar im Mittelpunkt der Arbeit.

MitarbeiterInnen

Ziel des sich als ganzheitlich verstehenden Ansatzes ist es, verschiedenartige Angebote in der Jugendhilfe miteinander zu vernetzen und diese auf die Lebensrealität der Jugendlichen zu beziehen. Deshalb müssen die MitarbeiterInnen mit der Realität von Alltag und Leben der Jugendlichen vertraut sein. Außerdem ist es wichtig, daß die Rolle der MitarbeiterInnen für die Jugendlichen eindeutig und transparent ist. Die Jugendliche nehmen zunächst vor allem das Freizeitangebot an, daran sind sie interessiert. Erst später sind sie bereit, weitergehende Fragen zu stellen und Probleme zu benennen. Nur selten kommen Jugendliche von Anfang an mit klaren Fragen zu Ausbildung und Arbeit in den Bus. In der Regel ergeben sich die Fragen erst nach und nach während der Freizeitaktivitäten. Manchmal, wenn es konkrete Hinweise gibt, werden die MitarbeiterInnen im Bus selbst aktiv und versuchen, ein Beratungsgespräch anzuregen. Dies wird jedoch behutsam und zurückhaltend gehandhabt.

Basis für ein gelungenes Verhältnis zwischen Jugendhilfe und Jugendlichen ist das gegenseitige Kennen und die Akzeptanz der jeweils anderen Seite. Da der Alltag der Jugendlichen komplex ist und sich nicht an Fachlichkeiten der Jugendhilfe festmachen läßt, muß sich das Prinzip der "Ganzheitlichkeit" auch in den Qualifikationen und Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen des Vereins niederschlagen. Eine Spezifizierung der Arbeitsaufträge wird deshalb nur soweit vorgenommen, wie unbedingt erforderlich. Als handlungsleitende Maxime im offenen Bereich, darauf weist das Projekt besonders hin, gilt, daß auch die Aufgaben "ganzheitlich" vergeben werden. Jeder soll möglichst alles machen können.

Die Einrichtung setzt auf einen regional gewachsenen Stamm an pädagogischen MitarbeiterInnen. Es gibt einen Sozialpädagogen und acht ErzieherInnen. Diese fachliche Zusammensetzung, die Konzentration auf einen hohen ErzieherInnenanteil, hat, nach selbstkritischen Angaben aus dem Projekt, einerseits zur Folge, daß das notwendige technische Know-how manchmal nur mühsam bereitgestellt werden kann. Auf der anderen Seite aber bringen die MitarbeiterInnen "nichtfachliche", jedoch für die Jugendlichen relevante Qualifikationen mit. Diese Mischung wird vom Projektleiter ausdrücklich als für die Arbeit förderlich eingeschätzt. Schließlich sind in offener bzw. der mobiler Arbeit wichtige Kompetenzen, wie z.B. Kontaktfähigkeit oder die Begabung, dauerhafte Beziehungen aufbauen zu können, in einer formalen Ausbildung nur schwer zu lernen.

Dies führt jedoch nicht dazu, daß das Projekt fachliche Qualifikation seiner Beschäftigten vernachlässigen würde. Denn bei allen Stellenbesetzungen wird eine fachlich fundierte sozialpädagogische Ausbildung vorausgesetzt. Die komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen spielen in den Beratungen zunehmend eine wichtige Rolle, deren Kenntnisse sind für eine qualifizierte Arbeit unverzichtbar. Allerdings haben hier die ErzieherInnen nur grundlegende Kenntnisse erworben. Sie müssen auf andere Personen zurückgreifen, Rat von außen einholen.

Das Projekt, darauf wird von inner- und außerhalb hingewiesen, kommt mit diesen Einschränkungen zurecht. Die MitarbeiterInnen gehen flexibel mit den Problemen um, es hat sich inzwischen ein grundsätzlich positiver "Ruf" der Einrichtung herausgebildet. Bausteinartige Lösungen unter Einbeziehung anderer Partner sind vor diesem Hintergrund möglich. In der mobilen Arbeit selbst spielt diese Problematik nur eine untergeordnete Rolle, weil in den Gesprächs- und Beratungssituationen im Bus ein Weiterreichen in die Zentrale oder in andere Institutionen sowieso unerlässlich ist. Dafür sorgt schon die Breite der Fragen und Probleme, über die aus dem Bus und von den Jugendlichen berichtet wird. Stattdessen wird vom Projekt und von den Jugendlichen gerade die Fähigkeit, vertrauensvolle Beziehungen herstellen zu können, als wesentliche Qualifikation der MitarbeiterInnen benannt. Dieser Einschätzung wird durch eine feste Zuständigkeit von Personen für Orte, in jedes Dorf fährt ein festes Team, Rechnung getragen.

Neben den MitarbeiterInnen ist manchmal auch ein Busfahrer mit unterwegs, auch er nimmt an den Spielen und Gesprächen teil, auch er kann zusätzliche Informationen beisteuern. Diese Mischung des Teams mit fachlich zuständigem Erwachsenen und "normalem" Erwachsenen ist, darüber besteht Einigkeit, geglückt. Der Fahrer ist aus der Region und berufstätig, er kennt die Probleme und Nöte der Jugendlichen, die sich mit der Arbeitswelt verbinden. Seine Kompetenz ist – so der Eindruck – manchmal stärker gefragt als die der fachlich qualifizierten MitarbeiterInnen. Trotzdem gibt es keine Konkurrenz, liegt in dieser Kombination vielmehr eine Chance, die von allen Beteiligten offensichtlich erkannt und genutzt wird.

Der Verein verfolgt aufgrund der knappen werdenden Mittel inzwischen die Tendenz, zunehmend mehr ehrenamtliche MitarbeiterInnen in die Arbeit einzubeziehen. Sie sollen trotz der Ehrenamtlichkeit möglichst gut qualifiziert werden und deshalb wird derzeit an einem Qualifizierungskonzept gearbeitet. Diese MitarbeiterInnen sollen befähigt werden, weitgehend selbständig Einrichtungen der Jugendarbeit in den Dörfern betreuen zu können. Das Konzept will für die mobile Jugendsozialarbeit feste AnsprechpartnerInnen in den Dörfern etablieren, eventuell sollen diese die Arbeit auch allein übernehmen. In manchen Dörfern vorhandenen Räume wären so zu nutzen, mobile Arbeit auf die Unterstützung der – wenn auch ehrenamtlichen – stationären Angebote reduziert. Wie weit dieses Konzept tatsächlich tragen wird, kann jetzt noch nicht gesagt werden.

Die aufsuchende Jugendsozialarbeit will den Jugendlichen und jungen Erwachsene in den Dörfern eines Landkreises Hilfen u.a. auch im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt anbieten. Mit dem Aufbau persönlicher Kontakte und der Entwicklung eines Vertrauensverhältnisses sollen zunächst Situationen geschaffen werden, in denen Gespräche und Beratungen möglich sind. Die Angebote eines solchen Ansatzes, der ja nur sporadisch in den Dörfern anwesend ist, sind vor dem Hintergrund zunehmender Schwierigkeiten im Übergang Schule/Arbeitswelt und an der zweiten Schwelle wohl nicht ausreichend. Deshalb wird auch angestrebt, über eine Einmischung in die jugendpolitischen Diskussionen stärker dauerhaft zu arbeiten. Aufsuchende Arbeit soll in dauerhafte Arbeit in den Dörfern umgewandelt, regelmäßige Hilfen der Jugendsozialarbeit sollen möglich werden.

Erste Erfolge dieser Bemühungen liegen vor. Politische (Bürgermeister) und kirchliche (Diakon) Funktionsträger konnten in mehreren Dörfern überzeugt werden. Sie griffen die Anregungen des Ansatzes auf, stellten Räume zur Verfügung und arbeiteten an der Personalbeschaffung mit. Zusammen mit der Unterstützung des Vereins konnte so eine fachliche Betreuung gewährleistet werden. Die Finanzierung ist vertraglich geregelt, zu 50% trägt das Bundesland, zu 25% tragen jeweils der Kreis und die beteiligten Dörfer die Personalkosten.

Mit diesem Kooperationsvertrag ist ein erster Schritt zur Verstetigung eines Jugendhilfeangebots in den Dörfern eines Landkreises gegeben. Allerdings stößt eine solche Ausweitung nicht nur an die Grenzen jugendpolitischer Uneinsichtigkeiten bei manchen politisch Verantwortlichen in den Dörfern. Der Verein hat selbst Kapazitätsgrenzen, kann nur begrenzt Personal und Mittel zur Verfügung stellen. Die knappen öffentlichen Mittel lassen bestenfalls ein Einfrieren der Förderung erwarten, Kürzungen können nicht ausgeschlossen werden. Hier sind sich Träger und Jugendamt in der Einschätzung einig. Dauerhafte Personalmittel sind aber für die Arbeit in den Dörfern unverzichtbar, ohne sie ist stabile Jugendarbeit nicht möglich.

Solange dies aber nicht möglich ist, wird mobile Arbeit im Landkreis jugendpolitisch notwendig bleiben. Sie kann Nachteile, die ländliche Gemeinden gegenüber regionalen Zentren mit deren ausgebauteren Jugendhilfestrukturen aufweisen, wenigstens ansatzweise ausgleichen. Gleichzeitig kann sie einen Beitrag dazu leisten, eine stärkere Verschränkung zwischen Land und Stadt herzustellen. Damit wird die Gleichheit der Lebensbedingungen Jugendlicher und junger Erwachsener in einer Region wenigstens annähernd hergestellt.

Insofern kann ein solcher Ansatz für vergleichbare Regionen durchaus Vorbild sein, zur Nachahmung anregen. Die Übertragbarkeit des Ansatzes in vergleichbare Regionen ist sinnvoll und möglich. Niedrigschwellige Angebote, ausgerichtet an den lokalen Bedürfnissen und Gegebenheiten und von dort eine Erweiterung des Angebots in Richtung Jugendsozialarbeit sind notwendige Strategien.

Wichtig sind die sachlichen und personellen Voraussetzungen für Erfolg oder Mißerfolg. Wenn die Bereitstellung von Räumen in den Dörfern erfolgt oder ein Bus vorhanden ist, sind zumindest Grundvoraussetzungen der Arbeit geklärt. Sponsoren aus den Bereichen Politik oder Wirtschaft scheinen hier durchaus ansprechbar, vor allem, weil es sich um eine einmalige Unterstützung handelt. Schwieriger ist es, vor Ort personelle Kontinuität herzustellen. Während der beschriebene Ansatz den Vorteil hat, daß durch die Beteiligung eines Ordens Personen quasi jenseits von vorgegebenen Arbeitszeitregelungen bereitstehen, werden andere Projekte mit den Grenzsetzungen durch tarifliche oder gesetzliche Arbeitszeitregelungen zu kämpfen haben. Doch auch ohne "Grenzüberschreitungen" ist vergleichbare mobile Arbeit möglich. Auch personelle Kontinuität vor Ort kann von Projekten erreicht werden. Wichtig ist ebenfalls eine Verankerung des Ansatzes in den lokalen kommunalen Politiken, denn ohne die Unterstützung oder zumindest Tolerierung der Gemeinden und der dort im pädagogischen Bereich tätigen Institutionen bleibt unklar, wie Probleme überwunden werden können. Der Ansatz des Modellprojekts, im ländlichen Raum mit mobiler Arbeit Defizite im Bereich der Jugendhilfe zu überwinden, muß unter bestimmten Rahmenbedingungen grundsätzlich als sinnvolle Strategie bewertet werden.

DJI-Veröffentlichungen aus der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms ab 1994

DJI-Veröffentlichungen in den Reihen "Materialien" und "Arbeitspapiere" aus der wissenschaftlichen Begleitung können, soweit sie nicht vergriffen sind, kostenlos unter der folgenden Adresse angefordert werden:

Projekt Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit
Regionale Arbeitsstelle Leipzig
Stallbaumstr. 9
04155 Leipzig
Tel.: (0341) 56654-16
Fax: (0341) 56654-47

Veröffentlichungen in der Reihe "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit" im DJI-Verlag können über den Buchhandel bezogen werden.

Materialien aus der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Was heißt hier benachteiligt? Entwicklung zielgruppenspezifischer Ansätze in der "Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit". Tagungsdokumentation. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut 1994, 277 S. (vergriffen)

Verzeichnis der Modellvorhaben.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut 1994, 88 S. (vergriffen)

Verzeichnis der Modellvorhaben. Stand Juli 1995
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut 1994, 87 S. (vergriffen)

Chancen beruflicher und sozialer Integration. Eine Dokumentation von Arbeitsansätzen der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit in den Handlungsfeldern Prävention, Qualifizierung/Beschäftigung und Wohnen.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut 1996, 219 S. (vergriffen)

Das Modellprogramm "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit". Zwischenbilanz und Verzeichnis der Modellvorhaben.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut 1996, 131 S.

Arbeitspapiere aus der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Mögling, Tatjana: Jungenarbeit und männliche Sozialisation. Eine annotierte Bibliographie.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 1/1995, 66 S. (vergriffen)

Schober, Karen: "Den Ungelernten geht die Arbeit aus!".
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 2/1995, 20 S. (vergriffen)

Müller, Hans-Ulrich: Jugend und Wohnen.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 3/1995, 14 S.

Davids, Sabine: Nachqualifizierung – differenzierte Probleme und Wege.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 4/1995, 9 S. (vergriffen)

Bendit, René: Jugendliche MigrantInnen im vereinten Deutschland: Vom "Ausländer" zum Minderheitsangehörigen.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 5/1995, 39 S. (vergriffen)

Bruner, Claudia Franziska / Dannenbeck, Clemens / Zeller, Michaela–Christine: Grenzenlose Jugendarbeit? Vom Umgang mit rechtsorientierten und gewalttätigen Jugendlichen.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 6/1995, 31 S. (vergriffen)

Gawlik, Marion / Krafft, Elena / Seckinger, Mike: Einstellungen und Erwartungen Jugendlicher in Ostdeutschland.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 7/1995, 37 S. (vergriffen)

Braun, Frank: Förderung benachteiligter Jugendlicher in privatwirtschaftlichen Betrieben. Anforderungen an eine Kooperation von Jugendhilfe und Betrieben.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 8/1995, 12 S. (vergriffen)

Das Modellprogramm "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit" im Kinder- und Jugendplan des Bundes im Überblick.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 1/1996, 50 S. (vergriffen)

Wittmann, Svendy: Mädchen und junge Frauen: Berufsorientierung, Berufsfindung, Berufswahl. Eine annotierte Auswahlbibliographie.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 2/1996, 105 S.

Braun, Frank / Felber, Holm / Gabriel, Gabriele / Lex, Tilly / Schäfer, Heiner: Ein Versuch der Annäherung von Wissenschaft an Praxis. Wissenschaftliche Begleitung des Modellprogramms "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit".

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 3/1996, 23 S.

Schürmann, Ewald: Öffentlichkeitsarbeit in Modellvorhaben: Werbung oder Kommunikation. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 4/1996, 14 S.

Mögling, Tatjana: Jugendhilfe und Wohnen. Eine annotierte Bibliographie. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 5/1996, 49 S.

Schäfer, Heiner: Schule für Schulverweigerer. Ein Lernangebot der Jugendhilfe. Werkstattbericht.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 6/1996, 39 S.

Schäfer, Heiner: Jungenarbeit in der Berufsorientierung. Ein geschlechtsspezifischer Ansatz. Werkstattbericht.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 7/1996, 39 S.

Schäfer, Heiner: Betriebspraktika für junge Arbeitslose. Neue Chancen beruflicher Orientierung. Werkstattbericht.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 8/1996, 31 S.

Braun, Frank: Ausbildung im Jugendhilfebetrieb. Werkstattbericht.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 9/1996, 39 S.

Braun, Frank: "Arbeitsassistenten" – Hilfen an der zweiten Schwelle für außerbetrieblich ausgebildete Jugendliche. Werkstattbericht.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 10/1996, 29 S.

Schäfer, Heiner: Berufsorientierung für Mädchen. Erprobung eines Verfahrens zur Identifizierung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen in gewerblich–technischen Berufen. Werkstattbericht.

München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 11/1996, 23 S.

- Schäfer, Heiner*: Zirkusarbeit für Jugendliche mit schulischen Schwierigkeiten. Ein Versuch mit dem Kompetenzansatz in der außerschulischen Jugendarbeit. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 12/1996, 47 S.
- Schäfer, Heiner*: Berufsorientierung für frühabgehende Schülerinnen und Schüler. Ein Angebot der Jugendhilfe. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 13/1996, 31 S.
- Braun, Frank*: Berufliche Förderung von benachteiligten jungen Erwachsenen in privatwirtschaftlichen Betrieben. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 14/1996, 43 S.
- Gabriel, Gabriele*: Begleitetes Einzelwohnen. Jugendwohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 15/1996, 25 S.
- Lex, Tilly*: Qualifizierung und Beschäftigung im "Sozialen Berufshilfebetrieb". Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 1/1997, 61 S.
- Gabriel, Gabriele*: Die Krisenwohnung als "Stationäre Clearingstelle" im System der Erziehungshilfen. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 2/1997, 21 S.
- Bertram, Barbara*: Keine Wende zum Heimchen am Herd! Erfahrungen und Orientierungen von ostdeutschen Frauen in Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Forschungsbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 3/1997, 80 S.
- Bertram, Barbara*: "Büro und Beratung". Qualifizierung von ostdeutschen Frauen für Büro- und Beratungsarbeit. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 4/1997, 35 S.
- Schäfer, Heiner*: Wenn Jugendliche nur schwer zu erreichen sind. Mobile Jugendsozialarbeit in einem Landkreis. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 5/1997, 42 S.
- Gericke, Thomas*: Jugendwerkstatt – Praktikum – betriebliche Berufsausbildung. Kooperative Lernangebote für Benachteiligte. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 6/1997, 37 S.
- Gericke, Thomas*: Jobben: Lebensentwurf oder Krisenmanagement? Erfahrungen mit einer Jobvermittlung für arbeitslose junge Erwachsene. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 7/1997, 30 S.
- Gabriel, Gabriele*: Wohnen durch Arbeit. Jugendliche sanieren ihren künftigen Wohnraum selbst. Werkstattbericht.
München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 8/1997, 33 S.

Reihe "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit" im DJI-Verlag

Braun, Frank: Lokale Politik gegen Jugendarbeitslosigkeit.
Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit Bd. 1.
München: DJI-Verlag 1996, 336 S.

Felber, Holm (Hrsg.): Berufliche Chancen für benachteiligte Jugendliche? Orientierungen und Handlungsstrategien.
Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit Bd. 2.
München: DJI-Verlag 1997, 368 S.

Lex, Tilly: Berufswege Jugendlicher zwischen Integration und Ausgrenzung.
Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit Bd. 3.
München: DJI-Verlag 1997, 356 S.